

Politische Berichte

Nummer 6 / 12. Jahrgang

15. März 1991

In dieser Ausgabe: Sachsenland in treuer Hand? * Einige Ursachen der jugoslawischen Krise * IG Chemie: Diskussion über Entgeltgruppen * Kommunalhaushalt Essen: Kein sozialer Kahlschlag! * Einige Achtundsechziger als Kriegstreiber

G 7756 D Preis 1,50 DM

Bundeswehr stellt Eingreiftruppe auf

Militärische Dauerpräsenz im Mittelmeer, im Persischen Golf und in Kurdistan?

Auf der 32. Kommandeurtagung in Bonn forderte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, einen eindeutigen und klaren gesetzlichen Auftrag für die Streitkräfte. Auf der militärischen Ebene sind schon Tatsachen geschaffen. Die Bundeswehr will drei Heeresbrigaden

und vier Fliegerstaffeln sowie Flugabwehrinheiten der Luftwaffe als deutschen Anteil einer „schnellen Eingreiftruppe“ der NATO, die womöglich auch im WEU-Rahmen eingesetzt werden kann, aufstellen. Weitere Einheiten sollen Großbritannien, die Niederlande und Belgien stellen.

Die Diskussion um das Einsatzgebiet der Bundeswehr bezeichnete Wellershoff als „teilweise in ihrer Abwegigkeit nun noch zu überbieten“.

Solang die Verfassung der Realität nachhinkt, behelfen sich Militärs und Politiker mit geistigen Purzelbäumen. Indem der Einsatz eines deutschen Minenabwehrverbandes als humanitäre Aktion gewertet (Regierungssprecher Vogel) und dem völkerrechtswidrigem Einsatz von Treibminen durch den Irak gegenübergestellt wird (Admiral Wellershoff), sollen verfassungsmäßige Bedenken ausgebunden werden. Es handele sich ja im Golf nicht mehr um ein Kriegsgebiet, da es keine Kampfhandlungen mehr gäbe. Dies ist falsch, da zur Zeit lediglich über einen Waffenstillstand verhandelt wird. Auch das Argument, daß die Bundesmarine über die

besten Minenabwehrmöglichkeiten verfüge („Troika“-System), dient nur der Legitimation. Nachdem die im Zuge des Golfkrieges nach Kurdistan verlegten AMF-Truppen abgezogen werden sollen, will die Bundesregierung die Ausweitung ihres Aktionsradius weltweit durch eine andere Hintertür durchdrücken, um so einer Grundgesetzänderung vorzugreifen und ihr illegales Handeln hinterher legitimieren zu lassen.

Schon im Jahr 1987 versuchte die Bundesregierung, Minenräumverbände in den Golf zu senden, damals konnte sie dafür keine Mehrheit finden. Doch die Diskussion um dieses Thema trägt jetzt Früchte. Damals argumentierte Rechtsanwalt und Reserveoffizier Hüge im „Marine Forum“, daß innerstaatliche Recht zu schützen sei, überall da, wo die Sprung in den Golf gelungen.

Auch andere Probleme werden mit diesem Einsatz gemeistert, so verkündete Admiral Wellershoff bereits früher, daß kein Unterschied zwischen Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten zu machen sei. Dieses Prinzip einmal durchgesetzt, hat Konsequenzen für folgende Konflikte, wo dann Verweigerer mit Gewalt an den Einsatzort verbracht werden. Das bei solchem Einsatz auch gestorben werden kann, umschrieb Wellershoff so: „Es gibt keinen Einsatz, der völlig ohne Gefahr ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß es kein Nullrisiko gibt.“ Damit soll durchgesetzt werden, was die FAZ am 6.2.91 forderte, daß Staat und Gesellschaft ihre Einstellung zum Wehr- und Zivildienst ändern müsse.

Noch in diesem Monat beginnt erneut eines der alljährlichen AMF-Manöver in Kurdistan, die seit Jahren unter Beteiligung mehrerer Fallschirmjägerbrigaden der Bundeswehr durchgeführt werden. Daß bedeutet faktisch eine Dauerpräsenz in Kurdistan.

Der Bundeswehr steht nach den Worten von Wellershoff die größte Reform seit ihrer Gründung, die fast einem Neubeginn gleichkomme, bevor. Gleichzeitig spricht er von einer „sicherheitspolitischen Wende“. Auch die Justiz zieht mit: Am 11.3. hob der erste Strafsenat des OLG in Frankfurt den Freispruch für einen Kriegsgegner auf, der erklärt hatte: „Soldaten sind potentielle Mörder“ Kriegsminister Stoltenberg begrüßt umgehend das Urteil, die Bundesregierung sei sich in ihrem Eintreten für den Ehrenschutz der Bundeswehr bestätigt. — (chl, rwe)

Öffentlicher Dienst: Über 150 000 streikten



Die Warnstreiks beim öffentlichen Nahverkehr, bei Post, Müllabfuhr und Bahn richteten sich gegen das Dienstherrn-Angebot von 4,1%. Gefordert werden Lohnhöhungen bis 10,5%. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände nannte die Warnstreiks rechtswidrig, verlangte Schritte gegen die Teilnehmer. — (uld, Bild: af/mz)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Kongreß: Antifaschismus nach dem Abschluß

Am 2./3.3. fand in Köln der Kongreß der Volksfront zum Thema „Antifaschismus nach dem Abschluß“ statt. Aufgrund der aktuellen Situation war auch der Golfkrieg als Thema aufgenommen worden. Rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer tagten am Samstag in fünf Arbeitsgruppen, zum Abschlußplenum am Sonntag kamen gut 70. Die Referate und Protokolle der Arbeitsgruppen werden in der nächsten Nummer des Volksechos veröffentlicht, das in der Woche vor Ostern erscheint. Wer Interesse an den Materialien hat, kann das Volksecho über die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1 bestellen. — (u.b.)

Süssmuth und andere aus der CDU zur Neuregelung des § 218

Bundestagspräsidentin Süssmuth hat zur dieses Jahr fälligen Neuregelung des § 218 jetzt einen Entwurf vorgelegt, nach dem Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Monaten straffrei bleiben soll, sofern eine Notlage vorliegt und die Schwangere an einer Pflichtbeurteilung teilgenommen hat. Die Ministerin

für Frauen und Jugend, Angela Merkel von der Ost-CDU, will von dem Grundsatz ausgehen, „daß der Schutz des ungeborenen Lebens und die Notlage einer Frau, die ungewollt schwanger wurde, konkurrierende Rechtsgüter sind“. Sie stieß damit auf Protest bei der Vorsitzenden der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Frauen und Jugend, Claudia Nolte, ebenso wie bei Johanna Gräfin von Westphalen (Christdemokraten für das Leben) und dem CSU-Generalsekretär Erwin Huber, die jede Fristenlösung ablehnen. Die SPD-Fraktion will bis Ostern einen Gesetzentwurf diskutieren. — (alk)

Urabstimmung über BWK/VSP-Vereinigung Schleswig-Holstein

Die Urabstimmung über die Vereinigung von BWK und VSP zur BWK/VSP unter BWK-Mitgliedern in Schleswig-Holstein (siehe Politische Berichte 3/91) wurde am 5. März 1991 unter Aufsicht eines Rechtsanwaltes ausgezählt. Die Auszählung ergab: 83,3 Prozent der Mitglieder beteiligten sich an der Urabstimmung, davon stimmten 100 Prozent mit Ja. Ein Stimmzettel war ungültig. Bis zum 27. März 1991 kann jedes Mitglied die Abstimmung anfechten. Die Anfechtung muß den Grund der



Fünf Minensucher und zwei Versorgungsschiffe der Bundesmarine sind in den Persischen Golf abkommandiert. Die Entscheidung geschehe entsprechend den Resolutionen 678 und 660 des UN-Sicherheitsrates, heißt es in der Pressemitteilung der Regierung vom 6. März. Die gleichen Resolutionen führten auch zum militärischen Angriff gegen den Irak. Der Marineeinsatz ist also rechtlich davon nicht unterscheidbar — zumal die Blockade gegen den Irak noch in Kraft ist. — (rül)

Tarifkampf öffentlicher Dienst

Abschluß im Osten — Warnstreiks im Westen

Für die 1,7 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den ostdeutschen Ländern werden Löhne und Gehälter zum 1. Juli 1991 auf 60 % des westdeutschen Einkommensniveaus angehoben. Auszubildende erhalten zum 1. April 1991 etwas mehr als 60 % der Westvergütung. Für die einzelnen Beschäftigten wird dieser Abschluß ganz unterschiedliche Auswirkungen haben, da dem relativ einheitlichen Tarifgefüge der ehemaligen DDR nun das schroff differenzierende Einkommensgefüge der BRD überstülpt wird. Damit entspricht der Abschluß den Forderungen des Sachverständigenrates: „Die Generallinie der Lohnpolitik darf nicht einfach darin bestehen, allgemeine Lohnanhebungen durchzusetzen; der entscheidende Punkt ist die strukturelle Differenzierung in der Lohnentwicklung. ... sie motiviert zu Leistungssteigerungen, schafft Qualifikationsbereitschaft und beugt Abwanderungstendenzen vor.“ (1) Wie im Westen soll Laufbahnkonkurrenz die gewerkschaftliche Solidarität untergraben, die Dienstaufsicht geschmärt werden; für harte Arbeit gäbe nur Hungerlöhne. Eine Besitzstandswahrung muß vereinbart werden, damit die Westdifferenzierung am unteren Ende der Lohnskala nicht sogar direkte Einkommensverluste bringt.

Die Einkommen im Anschlußgebiet werden auf Grundlage der Tarifabschlüsse erhöht, die für den öffentlichen Dienst im Westen gegenwärtig ausgehandelt werden. Trotz maßloser Verknappung der Geldmittel für die Lohn-

abhängigen durch Erhöhung der direkten und indirekten Steuern, hat Schäuble das Angebot der Dienstherrn von 4,1 % in der dritten Verhandlungsronde nicht verbessert, sondern kommt mit immer neuen Zumutungen. So verlangt er von der ÖTV die Zusage, die Verhandlungen über die Zusatzversorgung bis Anfang Juli zum Abschluß zu bringen, um vollzogene Verschlechterungen bei der Rentenversicherung rasch auf die Zusatzversorgung zu übertragen. Erneut haben die Dienstherrn die Forderung nach Verschlechterung von Manteltarifbestimmungen in die Verhandlungen eingebracht, so ihre alte Forderung, daß die Arbeit zukünftig am Arbeitsplatz und nicht an der Arbeitsstelle beginnen solle, was in vielen Betrieben einer täglichen Arbeitszeitverlängerung von 10 bis 20 Minuten gleichkäme.

Angesichts dieser Provokationen hat der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) der ÖTV zwar zu Warnstreiks aufgerufen, auffallend ist aber, daß die 10 %-Forderung nicht mehr erscheint. Gleichzeitig hat der gHV verfügt, daß für die Beteiligung an den Warnstreiks kein Streikgeld bezahlt werden darf, was zwar der Satzung, aber nicht der bisherigen Praxis entspricht. Während der Warnstreiks wird die Forderung erhoben, die Verhandlungen sofort für gescheitert zu erklären. Darüber muß die Große Tarifkommission am 15. März entscheiden.

(1) Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — (kar)

Juristinnen und Juristen gegen Verfassungsänderung

Das Friedensforum der Juristinnen und Juristen, die bereits mit einer großen Anzeige in der Frankfurter Rundschau gegen den Golfkrieg protestiert hatten, beschloß am 9.3.91 eine Resolution an die Bundesregierung, in der es u.a. heißt: „Der jetzt auszuhandelnde Frieden kann nur dauerhaft gesichert werden, wenn das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht aller in der Region lebenden Völker uneingeschränkt anerkannt werden. Irakis und Israelis, Kurden und Palästinenser haben Anspruch auf Achtung ihrer Menschenrechte ... Wir widersprechen entschieden jeder Änderung des Grundgesetzes, die weitergehende Einsätze der Bundeswehr ermöglichen soll. Wir bekräftigen unsere Rechtsauffassung, daß im Golfkonflikt der NATO-Beistandsfall niemals hätte eintreten können.“ Das Friedensforum, dem viele Richter und Staatsanwälte angehören, fordert außerdem eine Ergänzung des Grundgesetzes um die Feststellung, daß der Krieg verurteilt wird und die Bundesrepublik auf den Krieg als „Werkzeug der Politik in ihren internationalen Beziehungen“ verzichten will. — (uld)

Aktuell in Bonn**Von Ost nach West**

Am 4. März richtete das Bündnis 90/ Die Grünen zur Abwanderung aus den „neuen Bundesländern“ in den Westen seit der Währungsunion eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. In ihrer Antwort (Drucksache 12/136) geht die Bundesregierung davon aus, daß seit dem 1. Juli 1990 111 000 Personen aus der ex-DDR in die alten Bundesländer der BRD abgewandert sind. Genaue Zahlen gäbe es aber für die Zeit nach dem Ende des Aufnahmeverfahrens für Übersiedler bis auf weiteres noch nicht. Menschen, die im Osten leben, aber zur Arbeit (oft: unterbezahlte und unabgesicherte Leiharbeit) in den Westen pendeln, sind von der Fragestellung nicht erfaßt.

IG Bau gegen „gering Beschäftigte“

Die Bundesfrauensekretärin der IG Bau hat darauf hingewiesen, daß mit der seit 1. 1. 90 geltenden Meldepflicht für Beschäftigungsverhältnisse erstmals die Zahl der „geringfügig Beschäftigten“ 480-DM-Jobs bekannt sei. Die jetzt festgestellte Zahl — 6,31 Millionen — liege 1990 doppelt so hoch, wie 1987 vom Arbeitsministerium geschätzt. Der Anteil der Frauen an solchen „Beschäftigungen“ sei von 60 % auf 70 % gestiegen. Im Gebäudereinigerhandwerk, Tarifbereich der IG Bau, seien 60 % aller Beschäftigten mit solchen Verträgen beschäftigt. In Privathaushalten seien weitere 600 000 Personen ohne jeden Versicherungsschutz beschäftigt. Zusammen mit der Vielzahl der Schein-, „Selbständigen“ bedeutet das: Mehr als 30 % der abhängig Beschäftigten in der BRD sind in solchen „Beschäftigungen“ mit geringsten Einkommen.

Gewinn privatisieren

Die Treuhandanstalt will die Anteilsmeinheit der Energie-Kombinate der ex-DDR den westdeutschen Stromkonzernen zuschustern. Die Bürgermeister von neun Großstädten der ehemaligen DDR haben in einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl dagegen protestiert. Sie berufen sich auf das grundgesetzlich verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung und fordern Gleichbehandlung mit westdeutschen Städten. Sie kritisieren die Politik der Treuhand, den Städten nur Zuschußunternehmen zu lassen, und alles, was Gewinn bringt, zu privatisieren. Viele Gemeinden der ex-DDR wollen eigene Stadtwerke gründen und beanspruchen die Rückgabe der Kraftwerke und Leitungsnetze. Die Stadt Stendal (ex-DDR, die den Brief nicht unterzeichnete) will die Treuhand noch in dieser Woche verklagen.

REP-Millionen

Die REPs haben 1989 fast 20 Millionen Mark eingenommen, davon 1,26 Millionen an Beiträgen. 17,39 Millionen erhielt die Partei an Wahlkampfkostenerstattung, wovon sie nur ca. fünf Millionen ausgab. Jetzt will Schönhuber 11 Millionen an Kostenerstattung für den

Bundestagswahlkampf der REPs. Bundespräsidentin Süssmuth (CDU) will diese Summe mit den 14 Millionen verrechnen, die die REPs für den Wahlkampf zu den EG-Wahlen 1989 zuviel erhalten haben. REP-Vorsitzender Schönhuber droht mit einer Klage, falls die Frage „bis Mitte März“ nicht „geklärt“ sei.

„Türkei-Hilfe“

Die PDS/Linke Liste richtete am 25.2. eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung (Drucksache 12/154). Dabei geht es um die bundesdeutsche Militärhilfe an die Türkei und inwieweit sie zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung dient. Weiter wird nach der Außerkraftsetzung der Menschenrechte und dem Ausnahmerecht in den kurdischen Provinzen gefragt. Gibt es bundesdeutsche Hilfe für die 3 Millionen Flüchtlinge aus diesen Provinzen? Wie steht die Bundesregierung zu den kriegsverbrecherischen Bombardements der Anti-Irak-Koalition auf kurdische Wohngebiete (allein in Kirkuk 1500 Tote, Zivilbevölkerung), wie zu deutscher Verantwortung für die kurdischen Giftgasopfer Husseins?

Gesetz zu Rüstungsexport

Das von den Regierungsfaktionen am 19.2. in den Bundestag eingebrachte „Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Strafprozeßordnung“ beinhaltet u. a. die Ermächtigung der Zollfahndung, Telefongespräche abzuholen. Zur Zeit läuft eine Fahndung zu Verstößen gegen das UNO-Irak-Embargo. Auf einer Welt-Liste mit ca. 900 vermuteten Verstößen rangiert die BRD (190) hinter Jordanien an zweiter Stelle; es gibt 15 Ermittlungsverfahren.

Wohnungsprivatisierung

Mit etwa 1 000 DM je Wohnung will Bundesbauministerin Irmgard Adamschwaeter (FDP) den Verkauf kommunaler Wohnungen im Gebiet der früheren DDR in diesem und im nächsten Jahr fördern. Maximal 20 % des Kaufpreises wolle der Bund „bezuschussen“. Bedingung sei, daß die Kommunen die auf die Wohnungen entfallenden Schulden übernehmen. Das Programm soll die jetzigen Mieter verlocken, Bankkredite zum Kauf ihrer Wohnungen aufzunehmen. Instandhaltung und Erneuerung der Wohnung sind dann „Eignersache“. Das Programm fällt unter das „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“.

Was kommt demnächst?

Am 14. März beginnt in Dresden eine zweitägige Konferenz der Justizminister von Bund und Ländern. Am gleichen Tag beginnt eine Wirtschaftskonferenz in Bonn über die „Zukunft der fünf neuen Bundesländer“. Am 15. März setzt Innenminister Schäuble die Verhandlungen um den neuen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst fort. Am 22. März findet die nächste Bundesratssitzung statt. Auf ihr soll u. a. das Steuerpaket der Bundesregierung beraten werden.

Siedler wollen Apartheid reformieren

De Klerk kündigt Aufhebung von Apartheidsgesetzen und Verfassungsreform an

Der südafrikanische Präsident de Klerk kündigte Anfang Februar an, in diesem Jahr werde er im weißen Parlament die Abschaffung wichtiger Apartheidsgesetze beantragen.

De Klerk teilte mit, das Gesetz über die getrennten Wohngebiete, die Gesetze, die Schwarzen den Besitz von Land verbieten, und das Gesetz über die Bevölkerungsregistrierung, auf dessen Grundlage die Siedler jedem Einwohner Azanias eine Rasse zuweisen, sollen abgeschafft werden. Außerdem soll das Gesetz über die Abwehr des Kommunismus beseitigt und andere Gesetze zur „Inneren Sicherheit“ reformiert werden. Allgemeine und gleiche Wahlen auf der Basis „Ein Mensch, eine Stimme“ sind nach wie vor nicht vorgesehen. Mit dem ANC-Vizepräsidenten Nelson Mandela vereinbarte de Klerk, daß „schnell ein Prozeß von Verhandlungen mit mehreren Parteien“ eingeleitet werden solle. Ende Februar teilte de Klerk mit, seine Regierung werde einen Verfassungsentwurf vorlegen, der dieser „Mehrparteienkonferenz“ vorgelegt werden soll. Die Regierung will Teilnehmer der Konferenz durch Einladung festlegen. Sie will auf diesem Weg die Möglichkeiten in der Hand behalten, die Debatte über die Verfassung zu kontrollieren, die verschiedenen Organisationen des Befreiungskampfes gegeneinander auszuspielen und den Einfluß der verschiedenen Befreiungsorganisationen in dieser Konferenz festzuschreiben. Der PAC verlangt die Durchführung allgemeiner Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung, weil anders die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung nicht möglich ist. Das lehnt de Klerk als „undenkbar“ ab — denn er betrachtet seine Regierung als die einzige legale. Seine Ankündigung zielt aber auch auf die vollständige Beseitigung der Sanktionen. Seit dem 17. Februar verhandelt die Regierung de Klerk bereits mit der EG, den Commonwealth-Staaten und einigen afrikanischen Staaten über den Wegfall aller Sanktionen.

Der Landraub, der durch die Landesgesetze von den Siedlern legalisiert wurde und der Millionen Afrikaner ihres Bodens beraubte, wird durch die Aufhebung der Gesetze nicht rückgängig gemacht. Wer Land haben will, muß an die Räuber zahlen. Das System der Wanderarbeit wird durch die Aufhebung des Wohngebietsgesetzes nicht beseitigt — die Bergwerkswohnheime gehören den

Sachsenland in „treuer“ Hand?**Über die Probleme mit dem Vorgehen der Treuhandgesellschaft in Sachsen**

Auch in Sachsen ist es so, daß die Privatisierung, also der Verkauf, Kern der Tätigkeit der Treuhandanstalt Berlin ist, auch ihrer drei hiesigen Niederlassungen; in keiner Weise jedoch die Sanierung.

Die Treuhandanstalt steht sowohl von Bonn aus wie auch hier im Land, was ihr politisches Prestige angeht, unter Zeit- und Verkaufsdruck. Für viele Betriebe, die sich noch nicht „in festen Händen“ befinden, und die seitens der Treuhand keine Chance erhalten, aus eigener Kraft den Schritt in die Marktwirtschaft zu bewältigen, verschlechtert sich die ökonomische Lage täglich. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit steigt und der erzielbare Preis, der wiederum für die Sanierung anderer Betriebe dienen könnte, gegenwärtig jedoch zur Stützung der Liquiditätskredite eingesetzt wird, sinkt.

Ganz allgemein: Die Treuhand ist einerseits in staatlichen und andererseits in nicht vorliegenden Vorschriften eingefangen. Ihre Bewegungsfreiheit ist begrenzt. Einmal wegen ungeklärter Eigentumsfragen, zum anderen wegen fehlender DM-Eröffnungsbilanzen, vor allem der Klein- und Mittelbetriebe, und ständiger Strukturveränderungen auch in der Treuhand selbst.

Folgendes beschäftigt — auch aus der Situation des Finanzchaos heraus — alle kommunalen Parlamente und den Landtag in besonderem Maße:

— Die Entwicklung der einzelnen Regionen wird entscheidend von der Lebensfähigkeit der Wirtschaft bestimmt. Das ist gegenwärtig in den Problemregionen Erzgebirge, Vogtland, Böhmen/Espenau, Braunkohlengebiet in der Lausitz, aber auch in den Industriestandorten mit einer günstigen Multistruktur sichtbar. Erste gute Ergebnisse der Treuhandarbeit sind kaum feststellbar. Alle Aktivitäten haben nichts, aber auch gar nichts mit einer in groben Zügen zumindest vorstellbaren Strukturkonzeption zu tun.

— Die nunmehrige Mitgliedschaft des Ministerpräsidenten, Prof. Biedenkopf, im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt

ist kaum mehr als ein organisatorischer Schritt. Es ist unvorstellbar, daß er es vermag, wesentliche Entscheidungen zur Sanierung, Privatisierung und nicht zu verhindernder, aber sozial abgefederter Stillegung von Unternehmen aus der Sicht des Landes Sachsen zu beeinflussen.

— Die Hauptprobleme auf diesem Gebiet entstammen unter anderem der unterschiedlichen Rechtslage vor und nach Inkrafttreten des Einigungsvertrages. Zum einen wurden den Kommunen Vermögenswerte übertragen, die nach Artikel 28 des Grundgesetzes nicht zu den Selbstverwaltungsaufgaben zählen und die ihnen nach Inkrafttreten des Vertrages nicht zustanden, da sie eben außerhalb der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden lagen.

Danach ist in der Zwischenzeit folgendes veranlaßt worden:

a) Am 16.10.1990 wurden den Kommunen solche Vermögenswerte, wie Kindergärten und Kinderkrippen, Schulsporthallen, Alters- und Pflegeheime, Stadtreinigungsbetriebe u. a., pauschal zugesprochen. Die Dokumentation des Eigentumsüberganges, wie Eintragung in Grundbücher und Handelsregister, wurde aber im allgemeinen mangels einer rechtlichen Grundlage noch nicht gelöst.

b) Restitionsansprüche werden gemäß Artikel 23, Abs. 3 des Einigungsvertrages akzeptiert, wobei diese noch allen anderen Ansprüchen vorgehen. Das ist ehemaliges Eigentum der Kommunen, das ihnen einmal unentgeltlich entzogen wurde. Aber auch diese Ansprüche liegen in der Regel auf Eis.

— Besondere Probleme bergen auch in Sachsen die Kommunalisierung der Elektroenergie und Gasversorgung, der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und des Personenverkehrs in sich. Die Entflechtung der bisherigen Strukturen und die sinnvolle Zuordnung der Ver- und Entsorgungseinrichtungen und -netze zu den Kommunen ist eines der Probleme. Die Zuordnung der Kapitalanteile, z. B. 90 % bei den Städten und

Gemeinden, ist u. a. aus finanziellen Gründen ein anderes. Meistens handelt es sich hier um ganze Versorgungsbiete, wo sich die Gemeinden erst zu rechtfinden müssen.

— Auch Einzelfälle sind sehr problematisch, wie in der einen oder anderen Stadt z. B. die Verkehrsbetriebe. Die Nahverkehrsangebote und -betriebe sind nach dem neuen Recht den Kommunen zuzuordnen. Die anderen Verkehrsberufe für Reiseverkehr, Güterverkehr und Spedition sind nach erfolgter Entflechtung zu privatisieren.

— Überhaupt ungeregelt ist ein Verfahren zur Dokumentation der Eigentumsübergänge, die kraft Gesetz und vor Gültigkeit des Einigungsvertrages erfolgt sind. Es gibt z. B. bisher keine rechtlich abgesicherte Festlegung, durch wen und in welcher Form diese Eigentumsübergänge bestätigt werden, damit die Nachfolgeprozesse, wie Grundbuchberichtigung usw., ablaufen können.

— Große Teile des ehemaligen volkseigenen Vermögens wurden Bundesfinanzvermögen (Artikel 22 Absatz 1), so z. B. die ehemals kreisgeleiteten und örtlich geleiteten Betriebe sowie Liegenschaften und Objekte, die in Rechtsverträgen von Kreis, Städten und Gemeinden standen. Diese Vermögenswerte unterliegen nach Artikel 22 Absatz 2 der Kommunalverwaltung. Sie können aber nicht von den Kommunen verwertet werden. Hier sind schnelle Entscheidungen im Interesse von eventuell vorhandenen Interessenten überhaupt nicht möglich.

— Letztlich, — aber damit sind die Probleme nicht alle genannt — wirken natürlich die Ansprüche hinsichtlich einer Rückübertragung ehemaligen Eigentums. Auch in solchen Fällen wurden die Vorgänge zur Seite gelegt.

Ich schließe mich — natürlich nicht alle Prozesse und Details kennend — folgenden Meinungen, was den weiteren Weg angeht:

1. Die Interessen des Landes und der Kommunen sind ebenso wie die der Betriebe von Betrieben zu achten. Was letzteres angeht, ist nahezu Null Stand eingetreten.

2. Ungeklärte Eigentumsfragen sind mit absolutem Vorrang zu regeln.

3. Der Arbeitsstil der Treuhand muß durchgreifend verändert werden. Hier befindet sie sich mit der Delegierung der Privatisierung / Sanierung von Betrieben unter 1 500 Mitarbeitern an die drei Außenstellen in Sachsen auf dem richtigen Weg. Aber dort wiederum ist das personelle Fundament aus meiner Sicht nicht gegeben, um schnell wirksam zu werden. Das eigentliche Problem der Privatisierung, um gar nicht erst von der Sanierung zu sprechen, kommt erst noch

— (Dr. Eberhard Langer — Wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Linke Liste/PDS im Sächsischen Landtag)



Demonstration Thüringer Metallbeschäftigte am 27.2. vor dem Landtag in Erfurt

EWS: BRD trumpft stärker auf**Streit um Zeitplan und Modalitäten der EG-Währungsunion**

Kurz nach der DDR-Annexion wollen Bundesbank und Bundesregierung bei der Bildung eines EG-weiten Währungsblocks Zeit gewinnen. Noch Ende 1990 hatte Kohl einem Zeitplan zugestimmt, wonach ab 1.1.94 die nächste Stufe der EG-Währungsunion vollzogen werden sollte, u. a. durch die Bildung EG-weiter Währungsinstitutionen. U. a. die französische Bourgeoisie, die sich in ihrer Währungspolitik (und damit auch in ihrer Afrika-Politik, da die Pariser Zentralbank die Währungen mehrerer Ex-Kolonien kontrolliert) von der BRD zunehmend unter Druck fühlt, hatte auf eine solche Zeitplanung Wert gelegt, um in der Währungspolitik stärker mitentscheiden zu dürfen. Bundesbank und Bundesregierung, konzentriert auf die Annexion der DDR, hatten zugestimmt.

Jetzt soll dieser Zeitplan geändert werden, bis BRD-Regierung und BRD-Konzerne die Probleme der DDR-Annexion bewältigt und ihre Stellung in der EG ausgebaut haben. Ende Februar legte die Delegation der BRD einen Vorschlag vor, der „mit Beginn der zweiten Stufe“ der Währungsunion ab 1.1.94 lediglich einen „Rat der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedsstaaten“ vorsieht, der „die Zentralbanken der Mitgliedsstaaten ... unterstützt“.

Gleichzeitig bekräftigte die BRD ihre Bedingungen insbesondere für den Übergang zu unveränderlichen Wechselkursen zwischen den EG-Staaten „Der Einsatz der Notenbankpolitik zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten müßte „ausgeschlossen“ werden, „die Defizite des Staatssektors“ müßten auf „den Umfang der Ausgaben für Investitionen ... begrenzt“ werden. Nach diesen Grundsätzen könnte Waigel seinen Haushaltsentwurf verbrennen.

Ziel der BRD ist, die „wirtschafts- und währungspolitische Entwicklung“ der Gemeinschaft unumkehrbar konvergent“ zu machen. Gemeint ist: Die BRD-Monopole wollen „unumkehrbar“ die EG kontrollieren. Dem sollen die Notenbanken oder Regierungen für die jeweiligen Konzerne — billige Kredite oder Staatssubventionen — so weit wie möglich ausgeschaltet werden, um die Gegenwehr anderer EG-Monopole gegen das Übergewicht der BRD-Konzerne zu schwächen. Nächster Schritt könnte eine DM-Aufwertung sein. Das würde den BRD-Konzernen den Kauf ausländischer Konkurrenten erleichtern.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Aufsätze im Presseartikel Nr. 13 und 14/91 — (ml)

Siedler wollen Apartheid reformieren**De Klerk kündigt Aufhebung von Apartheidsgesetzen und Verfassungsreform an**

Der südafrikanische Präsident de Klerk kündigte Anfang Februar an, in diesem Jahr werde er im weißen Parlament die Abschaffung wichtiger Apartheidsgesetze beantragen.

De Klerk teilte mit, das Gesetz über die getrennten Wohngebiete, die Gesetze, die Schwarzen den Besitz von Land verbieten, und das Gesetz über die Bevölkerungsregistrierung, auf dessen Grundlage die Siedler jedem Einwohner Azanias eine Rasse zuweisen, sollen abgeschafft werden. Außerdem soll das Gesetz über die Abwehr des Kommunismus beseitigt und andere Gesetze zur „Inneren Sicherheit“ reformiert werden. Allgemeine und gleiche Wahlen auf der Basis „Ein Mensch, eine Stimme“ sind nach wie vor nicht vorgesehen. Mit dem ANC-Vizepräsidenten Nelson Mandela vereinbarte de Klerk, daß „schnell ein Prozeß von Verhandlungen mit mehreren Parteien“ eingeleitet werden solle. Ende Februar teilte de Klerk mit, seine Regierung werde einen Verfassungsentwurf vorlegen, der dieser „Mehrparteienkonferenz“ vorgelegt werden soll. Die Regierung will Teilnehmer der Konferenz durch Einladung festlegen. Sie will auf diesem Weg die Möglichkeiten in der Hand behalten, die Debatte über die Verfassung zu kontrollieren, die verschiedenen Organisationen des Befreiungskampfes gegeneinander auszuspielen und den Einfluß der verschiedenen Befreiungsorganisationen in dieser Konferenz festzuschreiben. Der PAC verlangt die Durchführung allgemeiner Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung, weil anders die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung nicht möglich ist. Das lehnt de Klerk als „undenkbar“ ab — denn er betrachtet seine Regierung als die einzige legale. Seine Ankündigung zielt aber auch auf die vollständige Beseitigung der Sanktionen. Seit dem 17. Februar verhandelt die Regierung de Klerk bereits mit der EG, den Commonwealth-Staaten und einigen afrikanischen Staaten über den Wegfall aller Sanktionen.

Der Landraub, der durch die Landesgesetze von den Siedlern legalisiert wurde und der Millionen Afrikaner ihres Bodens beraubte, wird durch die Aufhebung der Gesetze nicht rückgängig gemacht. Wer Land haben will, muß an die Räuber zahlen. Das System der Wanderarbeit wird durch die Aufhebung des Wohngebietsgesetzes nicht beseitigt — die Bergwerkswohnheime gehören den

Gesamtmetall und Regierung gegen die Lohntarifbewegung

Flankenschutz für die Gesamtmetall-Ziele: Lohnsenkung, Deregulierung, Differenzierung

In der Metallindustrie der östlichen Bundesländer sind die Tarifverträge abgeschlossen. Sie regeln in einigen Punkten mit mehrjährigen Stufenplänen eine tarifliche Angleichung oder auch nur Annäherung der Regelungen. Eine reale Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist damit noch lange nicht erreicht. Die Möglichkeiten der Kapitalisten, auf lange Sicht bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen regional zu spalten, bleiben bestehen. In den westlichen Tarifgebieten haben erste Verhandlungen begonnen. Die regionalen Metallarbeitgeberverbände haben

die gewerkschaftlichen Forderungen abgelehnt. Gottschol, Verhandlungsführer der Metallindustriellen in Nordrhein-Westfalen, erklärte sie für „völlig überzogen und unverhältnismäßig“. Die Konjunktur flachte ab, weil die Aufträge aus dem Ausland nachließen. Deshalb müssten die Abschlüsse des Jahres 1991 unter den 6 % des letzten Jahres liegen. Konkrete Angebote wurden keine gemacht. Die Verhandlungen wurden auf Ende März bzw. auf April vertagt. Die Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen laufen Ende März aus. — (brr, gow, rok)

Es zeichnet sich ab, wie Gesamtmetall und die regionalen Arbeitgeberverbände im Zusammenwirken mit der Regierung den gewerkschaftlichen Bestrebungen und Forderungen begegnen wollen. In den Medien haben Verbandsvertreter vor allem die Mindestbetragskomponente von meistens 270/280 DM angegriffen. Zum Beispiel der Vorsitzende des Verbands der Metallindustrie Baden-Württemberg, Dieter Hundt. Er kombiniert die bekannten Drohungen mit Standortverlagerung und beschleunigter Rationalisierung mit planvoller propagandistischer Spaltung zwischen sogenannten „Leistungsträgern“ und anderen sowie mit hinterlistigen Angeboten auf künftige Tarifverträge: „Die Forderung nach einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen steht bereits seit mehr als 20 Jahren auf dem tarifpolitischen Menüzettel der Gewerkschaften. Unsere Position hat sich nicht verändert. Ökonomisch wirkt sich die jetzige Forderung auf neun von zwölf Gruppen aus. Gerade in den unteren Lohngruppen haben wir aber gefährdete Produktionsbereiche, die in harter Konkurrenz mit den Billiglohnländern stehen. Es besteht die Gefahr einer weiteren Abwanderung von Produktionsbereichen und damit der Verlust von Arbeitsplätzen. Dies kann auch nicht das Interesse der Gewerkschaft sein. Wir befinden uns in einem gewissen Strukturwandel, aber ein „Draufsatteln“ würde diesen Prozeß nur noch beschleunigen. Gesellschaftspolitisch ist die Forderung gefährlich, da sie Leistungsanreize reduziert. Tarifpolitisch haben wir

zudem aufgrund bestehender Vereinbarungen die Verpflichtung, daß von Ende 1991 an mit der IG Metall Verhandlungen über einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag aufgenommen werden, in dem sämtliche Gehalts- und Lohnstrukturen den zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen in den Betrieben angepaßt werden sollen. Deshalb ist es nicht vertretbar, bereits in der jetzt anstehenden Tarifrunde nur für einen Teil der Beschäftigten diesbezügliche Regelungen zu schaffen.“ (1)

Das „Angebot“ eines neuen Entgelttarifs statt Erhöhung der unteren Lohngruppen jetzt dürfte von folgenden Überlegungen ausgehen: Verhandlungen über neue Entgeltstrukturen in der Metallindustrie dauern erfahrungsgemäß viele Jahre. In diesem langen Zeitraum können neue, für die Gewerkschaften ungünstige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen der Regierung greifen.

Zur Jahresmitte 1991 läuft der tarifliche Kündigungsschutz in der Metallindustrie im Osten aus. Ein Entlassungsschub von 30 bis 70 % der Beschäftigten wird erwartet. (2) Damit entstehen neue Möglichkeiten für Druck auf die Löhne und große Spielräume für innere Differenzierung und Spaltung, zulasten der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen.

Schon bestehende und neue gesetzliche Maßnahmen zur Deregulierung sollen den Mindestschutzcharakter des Tarifwesens systematisch auflösen. Mit der Leiharbeit rücken die Unternehmen

immer mehr Beschäftigte aus dem Gelungsbereich der jeweiligen Branchentarife. In der Koalitionsvereinbarung haben die Regierungsparteien weitere Maßnahmen in dieser Richtung vereinbart: private Arbeitsvermittlung, mehr Saisonarbeit, Förderung von „Betriebsvereinbarungen mit ertragsorientierten Elementen“, gar die Verpflichtung zur „Deregulierung in allen Bereichen“. Alle diese Maßnahmen entwerten bestehende tarifliche Regelungen und erschweren künftige.

Von vornherein stellt die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zum 1. April und der Lohn- und Einkommenssteuer zum 1. Juli das finanzielle Ergebnis der Lohntarifbewegung in Frage. Auf fünf, sechs, sieben Prozent belaufen sich die Schätzungen über die dadurch ausgelöste Lohnsenkung; also eine Größenordnung, wie sie vielfach für den Prozentbetrag eines Lohnabschlusses erwartet wird. Hier und da ist innergewerkschaftlich eine Erhöhung der Forderung wegen der Steuererhöhungen vorgeschlagen worden. Eine Mehrheit in den gewerkschaftlichen Körperschaften gab es dafür aber nicht. Der Vorstand der IG Metall stellt sich im wesentlichen wie früher auf den Standpunkt, „daß wir einmal getroffene Wahlentscheidungen und ihre Folgen nicht über die Tarifpolitik wieder korrigieren können.“ (2)

Gibt es eine Aussicht, einen nützlichen Tarifabschluß zu erreichen? Die Durchsetzung eines ausreichend hohen Mindestbetrags, der für möglichst viele Lohngruppen mehr als sechs, sieben Prozent bringt, scheint angesichts dieser Sachlage die einzige Möglichkeit. Quellenhinweis: (1) Essl. Zeitg. 2./3.3.91; (2) Klaus Zwickel in Stuttg. Zeitg. 11.3.91.

Tarifabschlüsse im Anschlußgebiet

Der erste neue Tarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie in der Ex-DDR ist in Mecklenburg-Vorpommern abgeschlossen worden. Er wird als sogenannter Pilotabschluß gehandelt. Schon diese Tatsache macht einen bedeutenden Unterschied zu den westdeutschen Tarifbezirken aus. In der alten BRD ist es kaum denkbar, daß ein schlechter Tarifabschluß z. B. im Saarland abgeschlossen und in Nordwürttemberg/Nordbaden übernommen wird.

Anders verhält es sich in der Ex-DDR. Mecklenburg-Vorpommern gilt als das rückständigste im wesentlichen landwirtschaftlich geprägte Gebiet. Die Industrie ist konzentriert auf Schwerin und die Werftindustrie in Rostock. Gerade aber diese Betriebe sind weitestgehend liquidiert worden, die Beschäftigten arbeitslos.

Der Vertrag in Mecklenburg-Vorpommern hat folgenden Inhalt:

— Festsetzung der tariflichen Löhne und Gehälter auf 60 % der vergleichbaren westdeutschen Tarife ab 1.4.91. Der Facharbeiterlohn beträgt demnach 8,36 DM/Std.

— Die Tariflöhne und -gehälter werden bis zum 1.4.1994 in Stufen auf 100 % der vergleichbaren westdeutschen Tarife angehoben.

— Tarifliche Leistungen wie die zusätzliche Urlaubsvergütung (50 % des Arbeitsverdienstes) werden erst ab 1995 eingeführt, die Urlaubsdauer wird ebenfalls erst ab 1995 stufenweise an die westdeutsche Regelung von 30 Tagen herangeführt. Die in Westdeutschland und Westberlin tariflich vereinbarten betrieblichen Sonderzahlungen in Höhe von 50 % eines Monatsverdienstes pro Jahr werden nur schrittweise bis 1995 eingeführt. Die für die gewerbl. Beschäftigten im Zeitlohn zu zahlende tarifliche Leistungszulage von 13 bzw. 16 % bezogen auf die Summe der Zeitlöhne wird in Mecklenburg-Vorpommern auf 5 Prozent ab 1.4.1991 festgesetzt. Sie steigt erst ab 1995.

— Die Wochenarbeitszeit wird bis 1999 auf 38 Stunden festgelegt.

— Der Tarifvertrag enthält eine Revisionsklausel, wonach zusätzliche Verhandlungen zur Veränderung des Tarifvertrages ab 1993 stattfinden, sofern eine Seite dies verlangt.

Mit diesem Tarifvertrag werden Mecklenburg-Vorpommern und nach Übernahme auch die anderen Anschlußgebiete als Niedriglohnzonen auf Jahre hinaus erklärt. Dies ergibt sich über die gravierenden Unterschiede in den tariflichen Leistungen hinaus auch aus dem Nichtvorhandensein außertariflicher Bestandteile der Einkommen, die im Vergleich zu Westdeutschland und Westberlin berücksichtigt werden müssen und zusammen mit den tariflichen Bestandteilen ja erst den Effektivlohn ausmachen. Ferner ist die Eingruppierungspraxis in den Betrieben selbst mit ausschlaggebend für das Einkommen der einzelnen Beschäftigten. Hierbei zeichnet sich in den Betrieben der Ex-DDR die Tendenz ab, daß vorzugsweise alle Arbeiten im Zeitlohn vergeben werden. Damit scheiden selbst die allerdings fragwürdigen, weil oftmals auf Kosten der Gesundheit gehenden Möglichkeiten zur Erzielung höherer Einkommen durch Leistungslohn- und Prämienlohnssysteme aus.

Die Gründe für dieses auch gerade im Vergleich zu anderen Branchen ungünstige Tarifergebnis liegen auf der Hand. Die Strategie der Liquidierung der ehemaligen DDR-Industrie durch westdeutsche Konzerne und Bundesregierung schafft Fakten im Sinne von Verödung von Industriegebieten und beispieloser Massenarbeitslosigkeit. Dieses Geschäft organisiert die Treuhand-Gesellschaft im Auftrag der Bundesregierung. Gleichwohl ist auch die Strategie der IG Metall zu hinterfragen. Irgendeine Art von Verbundtaktik mit der gleichzeitig in den alten Bundesländern stattfindenden Lohnbewegung ist nicht versucht worden. Nicht einmal die Information über die Auseinandersetzungen in den Gebieten der Ex-DDR ist in Westdeutschland und Westberlin verbreitet worden. Die Versäumnisse der IG Metall bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die Lage in den alten Bundesländern und in Westberlin. Schon jetzt besteht bei den Lohnabhängigen in der alten BRD aufgrund der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt und der Pendlerströme erhebliche Unruhe. Auch hier werden Einkommenseinbußen über die Steuerplünnerungen hinaus befürchtet.



Eine Losung aus der Tarifbewegung des letzten Jahres. Auch in diesem Jahr, angehoben durch Steuer- und Abgabenerhöhungen für großdeutsche Expansionspolitik und Kriegsfinanzierung, ist der Widerstand gegen Lohnsenkungen stark.

„Ungeschützte Arbeit hat Konjunktur“

Wachsender Umfang von Leiharbeit, Befristungen und geringfügigen Beschäftigungen

„In der Bundesrepublik ist die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse dramatisch angestiegen. Das geht vom Zeitarbeitsverhältnis, das ohne Kündigung und richterliche Überprüfung automatisch endet, bis zur Leiharbeit oder zum Ausstieg aus der Sozialversicherung in geringfügige Tätigkeiten.“ (1) Die Aufsatze im „Gewerkschafter“ zu o. g. Problemfeldern, beleuchtet einige Teilesas des sich in den letzten Jahren schwungvoll entwickelnden flexibilisierten Arbeitskräfteeinsatzes durch die Kapitalisten. Als Mangel muß bewertet werden, die sich ebenfalls ausbreitenden Formen von Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit keiner Bewertung unterzogen zu haben. Ebenso schließt sich für den interessierten Leser die Klammer zwischen unsteten Beschäftigungsverhältnissen und der laufenden Lohn- und Gehaltsrunde nicht.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse: Im Zeitraum Mai 1987 bis April 1988 waren in der Bundesrepublik ca. 1,8 bis 1,9 Mio. Arbeitnehmer in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Dies entspricht einer Befristungsquote von 9 %. Demgegenüber waren 1984 gerade 4 % aller Arbeitsverhältnisse befristet.

Rund 70 % der befristeten Arbeitsverträge haben eine Befristungsdauer von unter 6 Monaten, liegen damit außerhalb des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzes.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind deutlich instabiler als unbefristete. Nur rund 31,8 % aller befristeten Beschäftigten werden in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen. Der Anteil der Arbeitslosen, die aus einem befristeten Verhältnis kommen, ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen (von 12,8 % 1984 auf 16,3 % 1988). Dies

zeigt, daß es einen wachsenden Personenkreis gibt, der zwischen Arbeitslosigkeit und befristeter Beschäftigung hin und her pendelt.

Leiharbeit: Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat zweifellos eine entscheidende Rolle bei der Expansion der Leiharbeit gespielt.

Die Zahl der Leiharbeitnehmer hat sich 1989 erneut um 17 181 auf nunmehr 104 930 erhöht. Seit Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes beträgt die Zunahme 56 223 (+ 11,4 %).

Die Zahl der Verleihbetriebe ist ebenfalls gestiegen. Sie erhöhte sich 1989 gegenüber dem Vorjahr um 544 auf 4 682 (+ 13,1 %). 1985 lag sie noch bei 1 722 (1985 bis 1989: + 267,8 %).

Die durchschnittliche Dauer eines Beschäftigungsverhältnisses von Leiharbeitnehmern liegt bei nur 4,6 Monaten. Die Zahl pro Jahr übertrifft daher beträchtlich die genannten Stichtagsdaten. Schätzungsweise 300 000 Arbeitskräfte werden — zum Teil nur kurzfristig — in einem Leiharbeitsverhältnis gestanden haben.

Geringfügige Beschäftigung: Der Umfang geringfügiger Beschäftigung lag an einem Stichtag im 2. Quartal 1987 bei insgesamt 2,8 Mio. (0,5 Mio. Nebentätigkeit; 2,3 Mio. sozialversicherungsfreie Beschäftigte). Da viele der sozialversicherungsfreien Beschäftigten nur unregelmäßig tätig sind (48 %), dürfte pro Jahr ein wesentlich größerer Personenkreis sozialversicherungsfrei beschäftigt sein. Diese Datenlage scheint mittlerweile überholt. „Allein in der alten Bundesrepublik sind derzeit 5,1 Mio. Arbeitnehmer als geringfügig Beschäftigte gemeldet. Diese Zahl nannnte der SPD-Sozialexperte Manfred Reimann in Bonn. Sie übersteigen bei wei-

tem die bisherigen Schätzungen. Für diese Beschäftigten mit einem monatlichen Entgelt von (bis zu) 480,- DM werden keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt.“ (Der Gewerkschafter, S. 23)

Die Struktur der sozialversicherungsfreien Beschäftigten ist nicht einheitlich. Sie setzt sich aus Arbeitslosen (15,4 %), Rentnern (9,8 %), sogenannten Haushaltshauptnehmern (40,5 %), Studenten (11,0 %), Schülern (12,2 %) und sonstigen (11,2 %) zusammen.

Der 1989 vom BMA veröffentlichte Forschungsbericht über „Sozialversicherungsfreie Beschäftigung“ (W. Friedrich, Forschungsbericht Nr. 181 des BMA, Bonn 1989) kommt zu dem Ergebnis, daß für die Gruppe der Haushaltshauptnehmern (925 000) ein „objektives Schutzbedürfnis“ bestehe. Diese beträchtliche Zahl, die immerhin 4,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht, erfordert schon an sich eine Regulierung dieses Arbeitsmarktsgments.

Nur 17,4 % dieser Beschäftigengruppe haben einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Sie werden kaum nach Tarif bezahlt und erhalten z. B. nur selten die üblichen Sozialleistungen. Eine Studie der Hessischen Landesregierung zum Gebäudereinigungshandwerk zeigt: Fast die Hälfte der befragten Frauen wird unter Tarif bezahlt. Ein Viertel erhält überhaupt keinen, ein weiteres Viertel weniger als den tariflich zustehenden Urlaub. Vier Fünfteln wird kein Weihnachtsgeld gezahlt. (2)

Schichtarbeit: In der Metallindustrie ist ein dramatischer Anstieg der Schichtarbeit — vor allem der Zweischichtarbeit — festzustellen: Arbeiteten 1985 nur 14,2 % der Betriebe im Zweischichtbetrieb, so stieg der Anteil bis 1987 auf

47,99 % an. Der Anteil der Dreischichtbetriebe stieg parallel dazu von 22,4 % (1985) auf 23,8 % (1988) an.

Aufgrund des übermäßigen Gesundheitsverschleißes liegt die Unfall-, Krankheits- und Frühverrentungshäufigkeit im Bereich der Schichtarbeit besonders hoch. Parallel zu ihrem Anstieg ist beispielsweise die Anzahl der Frühverrentungen von 37 % (1973) auf 53 % (1986) angestiegen. (3)

Der seit einigen Jahren bestehende Arbeitskreis „Tarifpolitik“ der IGM-Verwaltungsstelle Hannover hat sich in den letzten Monaten schwerpunktmaßig mit der Schichtarbeit befaßt. Unter anderem ist ein Erhebungsbogen in die Betriebe gegangen. Von ca. 67 000 Beschäftigten in der Verwaltungsstelle wurden 37 345 Beschäftigte in 37 Betrieben erfaßt. In 23 Betrieben wird von 18 978 (50,8 %) Beschäftigten in Schicht gearbeitet. 13 von den 23 Betrieben lassen auch 3 100 (8,3 %) Beschäftigte in der Nacht arbeiten. Davon wird in drei Betrieben (Beschäftigtenzahl nicht veröffentlicht) in Dauernachtschicht gearbeitet. (4) Vom Volkswagenwerk Hannover ist zu hören, der Betriebsrat sei mit dem Ziel „Standortsicherung Hannover“ mittels Einrichtung einer Dauernachtschicht gegenüber der Geschäftsleitung initiativ geworden. Bewerbungen sollen bereits in ausreichender Zahl vorhanden sein.

Das vermeintliche Interesse an Dauernachtschicht speist sich aus der Überlegung, zwei, drei Jahre „richtig Pulver machen“, und dann wieder raus. Neben der Auseinandersetzung um tarifliche Eckpunkte zum Normalarbeitsverhältnis kann eine wuchtige Lohn- und Gehaltsrunde bestehende „Anreize“ für Arbeit zu ungünstigen Zeiten beseitigen helfen.

Quellen: (1) Der Gewerkschafter, Nr. 2, 1991, S. 18 ff; (2) Gewerkschaftsjahrbuch 1990, S. 284 ff; (3) Flexibilisierung: Arbeitszeit – Beschäftigung, Bund-Verlag, Köln 1989; (4) metall, Nr. 4, Feb. 1991, S. 17

Internationale Umschau



In vielen US-Städten und -Gemeinden sollen in diesem Jahr die schroffsten Haushaltskürzungen und Entlassungen dieses Jahrhunderts durchgeführt werden. Haupttreiber ist die Bundesregierung unter Bush, die die Zuweisungen an Staaten und Gemeinden drastisch kürzt. Im Staat New York beispielsweise sollen 18000 staatliche Lohnabhängige entlassen werden, alle Beschäftigten sollen fünf unbezahlte Urlaubstage nehmen. In Florida sollen 6000 Beschäftigte entlassen werden, in Michigan 7000. In Pennsylvania will der Gouverneur zehn Wochen lang eine zehnprozentige Gehaltskürzung erzwingen, in Rhode Island sollen 6000 entlassen werden. In vielen Staaten wollen die Regierungen zudem Lohnsenkungen erreichen. Bild: Demonstration in Washington gegen die Entlassungsprogramme. — (rül)

**Sri Lanka:
36 Tote durch Armeeterror**

36 Dorfbewohner im Osten Sri Lankas sind bei einem Überfall der Armee auf ihr Dorf ermordet worden. Das hat die tamilische Befreiungsfront der „Tamil Tigers“ in einer Presseerklärung Anfang Februar mitgeteilt. Unter dem Vorwand, nach der einseitigen Kündigung des Waffenstillstands (durch die Regierung) Stellungen der Befreiungsfront zu suchen und zu zerstören, habe die Armee eine Terrorwelle gegen die Dörfer der Region gestartet. In sieben Dörfern in der Gegend des Flusses Vettuvaiakal seien elf Bewohner von der Armee ermordet worden, 222 Hütten, 13 Häuser und 35 Läden zerstört und über 100 Reissäcke verbrannt worden. 25 weitere Dorfbewohner seien bei ihrer panischen Flucht vor der Armee im Fluß ertrunken. — (rül)

Großbritannien: Skandal um Urteil gegen „Birmingham Six“

Sechs Irren, die unter dem Namen „Birmingham Six“ 1975 als angebliche Bombenleger der IRA (bei der Explosion zweier Bomben in Birmingham) Kneipen waren 21 Menschen getötet, 162 zum Teil schwer verletzt worden) zu lebenslänglich verurteilt worden sind, werden wohl freigesprochen werden. Der Generalstaatsanwalt hat bereits mitgeteilt, er werde seine Anklage nicht mehr aufrechterhalten. Die Verteidigung ist sicher, u. a. nachzuweisen zu können, daß die Gefangenen durch Folter zur Unterzeichnung falscher Polizeiprokolle gezwungen wurden. — (rül)

Rumänien: Land privatisiert, aber nicht an Großgrundbesitzer

Das rumänische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, wonach der Landbesitzer der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften privatisiert wird. Die Höchstgrenze des in Privatbesitz übergebenen Landes soll aber auf 10 Hektar begrenzt werden. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß auch Bauern, die bei der Bildung der Genossenschaften kein Land einbrachten, weil sie landlos waren, nunmehr Land erhalten. Die großen Staatsgüter dagegen, die nach der Enteignung der reaktionären Großgrundbesitzer gebildet worden waren, werden nicht zurückgegeben, sondern sollen in Staatsbesitz bleiben. Zur Verwirklichung des Bodengesetzes sollen in den Dörfern Kommissionen gebildet werden, die entscheiden, welcher Bauer welches Land erhält. Falls auf diese Weise entstehende private Landbesitzer ihr Land wieder verkaufen wollen, hat der rumänische Staat das Recht, als erster Käufer aufzutreten. Die Oppositionsparteien, darunter die „Nationalliberale Partei“ und die „Demokratische Union der Ungarn“, verlangen die Privatisierung bzw. Rückgabe allen verstaatlichten Bodens. Die „Neue Zürcher Zeitung“, der das Gesetz auch nicht weit genug geht, berichtet, daß viele Produktionsgenossenschaften sich bereits in den letzten Monaten aufgelöst hätten, so daß das Gesetz oft nur sanktioniert, was bereits geschehen ist. — (rül)

Niederlande: Rückschlag für die Sozialdemokraten

Mit schweren Stimmenverlusten der sozialdemokratischen PvdA endeten letzte Woche die Wahlen zu den zwölf niederländischen Provinzparlamenten. Die PvdA, bisher traditionell eine der beiden stärksten Parteien, fiel von landesweit 33 Prozent auf knapp 20 Prozent der Stimmen. Die Christdemokraten konnten ihren Stimmenanteil von 33 Prozent mit knapp 32,6 Prozent fast halten, ebenso die rechtsliberale VVD, die sich von 15,5 auf 15,7 Prozent verbesserten. Den mit Abstand größten Stimmengewinn erzielten die linksliberalen Demokraten 66, die von 6,7 auf 15,6 Prozent zunahmen. Die Ökosozialisten verbesserten sich von 4,9 auf 5,2 Prozent, die rechten bis offen faschistischen Parteien steigerten ihre Stimmen von knapp über 5 Prozent auf über 6 Prozent. Zusammen also Stabilisierung und Ausbau des rechten und bürgerlichen Lagers bei schweren Verlusten der Sozialdemokraten an die Demokraten 66. Die Verluste der PvdA, deren Parteivorsitzender Wim Kok früher Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes FNV war, dürften u. a. mit den massiven Kürzungen und Steuererhöhungen zusammenhängen, die die Regierung aus Christdemokraten und PvdA vor einigen Wochen angekündigt hatte. Unter anderem sind Kürzungen bei Sozial- und Bildungsausgaben von über 12 Mrd. Gulden (über 10 Mrd. DM), stärkere Mietsteigerungen, höhere Tabak- und Mineralölsteuern und eine Erhöhung der öffentlichen Nahverkehrstarife um 6 Prozent angekündigt. Außerdem sollen 7000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen werden. Als Finanzminister hatte der PvdA-Spitzenkandidat Wim Kok diese Beschlüsse mitverantwortet. Bürgerliche Zeitungen erwarten jetzt ein Ausscheiden der PvdA aus der Regierung und eine Koalition von Christdemokraten und rechtsliberalen VVD. — (rül)

USA: Bush-Veto gegen Anti-Streikbrechergesetz

US-Präsident Bush hat sein Veto gegen ein Gesetz angekündigt, das den Kapitalisten verbieten will, Streikbrechern feste Anstellungen anzubieten. In letzter Zeit hatten die Kapitalisten mehrfach bei Streiks die gesamte Belegschaft gefeuert und Streikbrecherkolonnen eingestellt. Die bekanntesten Fälle der letzten Zeit: der Streik bei dem inzwischen in Konkurs gegangenen Busunternehmen Greyhound und der Ende 1990 begonnene Streik bei der größten New Yorker Tageszeitung. Der Gesetzentwurf, der jetzt im Kongress eingebrochen wurde, sollte solche Praktiken begrenzen. Bushs Arbeitsminister Martin rechtfertigte das angekündigte Veto so: Das Gesetz räume den Gewerkschaften zu viel Einfluß ein und würde Unruhe unter den Arbeitnehmern auslösen. — (rül)



Zahlreiche sowjetische Bergleute streiken seit einigen Tagen. Sie fordern u. a. eine Anhebung ihrer Löhne. Nach ersten Berichten streiken seit Anfang März in Kasachstan die Belegschaften in mindestens 18 der 26 Zechen der Republik. Auch im ukrainischen Donbass streiken Bergleute, teilweise arbeiten sie auch weiter, weigern sich aber, die Kohle an die staatlichen Depots zu liefern. In der Ukraine fordern die Bergleute Lohnhöhungen von 150%. Die ukrainische Regierung hat 40% Lohnhöhungen angeboten. Bild: Streikversammlung von Bergleuten 1989. — (rül)

Übung „Limes“: Schweizer Armee gegen Flüchtlinge

Am 18. März beginnt in der Schweiz eine Wehrübung ganz besonderer Art. Eine Kompanie Soldaten soll in einem zunächst einwöchigen Testlauf das Abfangen von einreisenden Flüchtlingen üben. Schon der Name der Übung im Raum Schaffhausen deutet an, worum es gehen soll: „Limes“ — so nannten die Römer ihren Abwehrwall gegen die „Barbaren“ aus dem Osten. Der zuständige Bundesrat Koller, das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) und das Grenzwachtkorps (Zoll) versuchten die Bedeutung der Übung mit dem Hinweis herunterzuspielen, es handele sich ja nur um einen Versuch mit bloß 80 Soldaten. Asylinitiativen und antimilitaristische Gruppen gehen jedoch davon aus, daß die Pläne für den ständigen Einsatz von Soldaten zur Abwehr von Flüchtlingen schon bereit liegen. Sie befürchten, daß die Regierung dem Vorbild Österreichs folgt, das seit Sommer 1990 die Armee gegen Flüchtlinge einsetzt. Geübt wird so etwas nicht zum ersten Mal. Bereits 1984 und 1986 probten Armeeeinheiten während der Gesamtverteidigungsübungen die Bekämpfung von Flüchtlingen. Während der Manöver 1986 und 1990 ließ die Armeeführung für Flüchtlinge und Kriegsgefangene Lager mit Stacheldraht und Wachtürmen errichten. Die „Übung Limes“ muß im Zusammenhang mit der wachsenden Hetze von Regierung und bürgerlichen Parteien gegen einen angeblichen „Flüchtlingsstrom“ gesehen werden. Das Recht auf Individualasyl soll fallen; die Bourgeoisie will die Zahl der Flüchtlinge kontingentieren und auf wenige Herkunftsänder einschränken — die Armee soll diese rigide Politik durchsetzen. Die Militarisierung der Asylpolitik stößt bei vielen Organisationen auf Ablehnung, darunter die kirchlichen Hilfswerke, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Asylorganisationen und antimilitaristische Gruppierungen sowie die Sozialdemokratische Partei. Zahlreiche Gruppen rufen zu Widerstandsaktionen gegen „Limes“ auf. So finden am 16. März eine landesweite Kundgebung in Schaffhausen und vom 18. bis 22. 3. zahlreiche Aktionen im Grenzgebiet und in Schaffhausen statt. In einem Aufruf „Flüchtlinge sind nicht unsere Feinde. Soldaten gegen Flüchtlinge? Nein!“ rufen die Organisatoren Zivilisten und Soldaten dazu auf, die Übung zu stören. — (jug)

USA: Bush-Veto gegen Anti-Streikbrechergesetz

US-Präsident Bush hat sein Veto gegen ein Gesetz angekündigt, das den Kapitalisten verbieten will, Streikbrechern feste Anstellungen anzubieten. In letzter Zeit hatten die Kapitalisten mehrfach bei Streiks die gesamte Belegschaft gefeuert und Streikbrecherkolonnen eingestellt. Die bekanntesten Fälle der letzten Zeit: der Streik bei dem inzwischen in Konkurs gegangenen Busunternehmen Greyhound und der Ende 1990 begonnene Streik bei der größten New Yorker Tageszeitung. Der Gesetzentwurf, der jetzt im Kongress eingebrochen wurde, sollte solche Praktiken begrenzen. Bushs Arbeitsminister Martin rechtfertigte das angekündigte Veto so: Das Gesetz räume den Gewerkschaften zu viel Einfluß ein und würde Unruhe unter den Arbeitnehmern auslösen. — (rül)

Verteidigung der Landreform

Kampf in Nicaragua gegen Privatisierung

Für die Landarbeiterinnen und Landarbeiter Nicaraguas geht es aktuell darum, die drohende Privatisierung der Staatsbetriebe zu verhindern.

Es gibt noch 101 staatliche Produktionseinheiten, die nicht an die früheren Besitzer zurückgegeben oder an ehemalige Contras übergeben wurden. Eine Produktionseinheit besteht aus einer Siedlung von bis zu tausend Menschen, die das umliegende Land, meistens Kaf-feeplantagen, bearbeiten.

In den sogenannten Konzertierungs-gesprächen zwischen der Regierung und der Nationalen Arbeiter Front FNT, in der alle Gewerkschaften vertreten sind, wurde ausgehandelt, daß die übrigen Staatsbetriebe in Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Arbeiter umgewandelt werden sollen. Die Regierung Violeta Chamorro hält sich jedoch nicht an die Übereinkünfte. Sie hat der Rückgabe an die alten Besitzer bzw. der Übergabe des Landes an ehemalige Contras zugestimmt.

Allerdings haben sich bis jetzt weder die alten Großgrundbesitzer noch die Contras getraut, „ihr“ Land zu übernehmen, weil sie genau wissen, daß sie auf starken Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter stoßen werden.

Die Sandinisten haben nach 1979 eine Landreform durchgeführt und alle Güter Somozas und von Großgrundbesitzern, die das Land verlassen hatten, enteignet.

Die Agrarreform hat das Kräfteverhältnis auf dem Land grundlegend verändert. Der Staat garantierte die Abnahme landwirtschaftlicher Produkte zu einem subventionierten Preis. Die Agrarbo-geoie verlor ihre Vorherrschaft zugunsten der Staatsbetriebe. Kleinbauern und Kooperativen. Unter Somozas hatten die Großgrundbesitzer die soziale Infrastruktur auf dem Land in der Hand. Beihin lag das Monopol für den Verkauf von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen wie Seife und Kleidung. Diese Herrschaftsstruktur wurde durch die Einrichtung von selbstorganisierten Genossenschaftsläden weitge- hend zerschlagen.

Die Verstaatlichung der Banken ermöglichte zum ersten Mal den Kleinbauern den Zugang zu Krediten, indem sie spezielle Konditionen machte. Die neue Regierung hat die Zinsen derart erhöht, daß es den Bauern und Kooperativen kaum noch möglich ist, Kredite für Saatgut aufzunehmen.

Ein Vertreter der Landarbeiterge- werkschaft ATC sieht die Bedeutung des jetzigen Kampfes so: „Was wir jetzt verlieren, uns wegnehmen lassen, ist für immer verloren. Denn selbst wenn die Frente Sandinista 1997 die Wahlen ge- gewinnt, muß sie die verschiedenen For men des Eigentums respektieren. Das heißt, unser Kampf muß jetzt oder nie stattfinden!“ — (s.)

Aufstände in Kurdistan

Vorbereitungen für einen kurdischen Nationalkongress

Wenn sich im Norden des Irak ein kurdischer Staat bilde, werde die Türkei militärisch angreifen, hat der türkische Premier Özal vor einigen Wochen erklärt. Man kann also davon ausgehen, daß die kurdischen Aufstände im Norden des Irak dem Westen nur soweit willkommen sind, als sie das Regime Saddam Husseins schwächen. Einen Erfolg des kurdischen Befreiungskampfes, evtl. sogar einen kurdischen Staat, wünscht der Westen nicht.

Das demonstriert die Türkei in den von ihr besetzten Gebieten gerade wieder mit brutaler Härte. Bei Aufständen in Sirkak, Idil und Kerboran in den vergangenen Wochen brachte das türkische Militär über 20 Menschen um. Am 28. Februar berichtete das Kölner Kurdischen Komitee über Sirkak:

„Die Ereignisse haben sich wie folgt entwickelt: Die Kohleminen in der Umgebung von Sirkak werden von den Agas in Zusammenarbeit mit korrumpten Staatsbeamten und Militärrakommandanten massiv ausgebeutet. Die armen Bauern sammeln oft den verbliebenen Kohlerest ein und tragen diese Last per Maultiere in die Stadt, wo sie verkaufen. Dabei werden die Menschen immer wieder von den Militärs behelligt, müs-

sen die Last abladen, ihre Maultiere werden erschossen und sie selber oft gefoltert. Auch heute wurden einige Bauern angegriffen und dabei zwei Menschen von den Soldaten getötet. Daraufhin demonstrierten Hunderte von Kohleträgern in die Stadt. An der Kreuzung der Straßen nach Sirkak und Uludere hat das Militär die Demonstranten angegriffen und in die Menge geschossen. Inzwischen hat sich die gesamte Bevölkerung von Sirkak zum Aufstand erhoben. Alle Schulen werden boykottiert, alle Läden haben geschlossen. Die Demonstranten haben die Präfektur besetzt.“

Die kurdischen Widerstandsgruppen in den von der Türkei, Iran und Irak besetzten Teilen Kurdistans beraten jetzt über ein engeres Bündnis. Ziel ist die Schaffung eines kurdischen Nationalkongresses. An den Konsultationen sind beteiligt: Vertreter der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), der KDP-Iran (Demokratische Partei Kurdistans — Iran) und der Kurdistan-Front Irak (ein Zusammenschluß von acht kurdischen Widerstandsgruppen, u. a. der KDP-Irak und der PUK). Eine prinzipielle Einigung ist bereits erzielt, die Gespräche sind aber noch nicht abgeschlossen. Quelle: Kurdistan-Rundschau 6/91 — (rül)

Bushs Krieg an der Heimatfront

USA: 500 000 Entlassungen allein im Monat Februar

Genau eine Woche nach dem Ende des Golfkriegs verkündete Präsident Bush in einer Jubelsitzung der vereinten Häuser des Kongresses seine innenpolitischen Pläne. Er forderte den Kongress auf, seine Vorlagen für Straßenbau und Verbrennungsbekämpfung rasch zu behandeln. „Wenn unsere Truppen den Landkrieg in 100 Stunden gewinnen könnten, dann sollte der Kongress diese Gesetze in 100 Tagen verabschieden können.“

Einen Tag zuvor hatte Bush auf einer Tagung von Justizorganen zur Befreiung der Städte in den USA aufgerufen: „Die Art von moralischer Kraft und nationalem Willen, die Kuwait City von Verwaltung befreite, kann Amerikas Städte von Verbrechen befreien.“ Mehr Gefangenisse, höhere Strafen ist die Lösung.

Zur gleichen Zeit veröffentlichte die Bush-Regierung ihre Vorlage zur Reform des Bürgerrechtsgesetzes, die Ende letzten Jahres an Bushs Veto gescheitert war. Mehrere Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs im Jahre 1989 hatten den Schutz des Bürgerrechtsgesetzes von 1964 gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz praktisch ausgehöhlt. Das 1990 vorgelegte Gesetz, das Bush mit seinem Veto gestoppt hat-

te, hätte das korrigiert. Bushs Vorlage macht den Arbeitgebern noch leichter. Nicht nur, daß es ihnen weiterhin leicht gemacht wird, Diskriminierung als „Geschäftsnötwendigkeit“ zu deklarieren, sie dürfen dann in Arbeitsverträgen auch noch verlangen, daß Beschäftigte nicht gegen Diskriminierung oder sexuelle Belästigung vor Gericht gehen können. Solche erpresserischen Klauseln in Arbeitsverträgen waren 1970 ausdrücklich verboten worden.

Die Truppen, die vom Golfkrieg zurückkommen, erhalten ein herzliches Willkommen. Fast 500 000 Beschäftigte verloren im Februar ihren Arbeitsplatz, der höchste monatliche Verlust seit der 1981er-Rezession. Die offizielle Arbeitslosenrate stieg auf 6,5 %. Die Afro-Amerikaner und die anderen Minderheiten unter den Soldaten, deren Prozentsatz weit über ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt, sehen ihre Brüder und Schwestern in noch mehr überholten Prozentsatz in den alten und neuen Gefängnissen verschwinden. Unter den einer Million Gefangnisinsassen sind mehr Schwarze als in südafrikanischen Gefängnissen. Einige Kommentatoren fragen sich, ob sie sich das gefallen lassen. — (ger. her)

Die Choleraepidemie breite sich weiter aus. Nach offiziellen Angaben sind es zwischen 45000 Erkrankten, aber unabhängige Quellen (z. B. Ärzte verschiedener Nichtregierungsorganisationen, NGO) schätzen die reale Ziffer auf über 100000. Bislang gibt es ca. 200 Todesfälle. Ein zynischer Kommentar des peruanischen Fernsehens: ... die niedrige Anzahl von Todesfällen ist erstaunlich; in anderen Fällen beträgt die Sterblichkeit von Cholerainfizierten ca. 60 %. Der Grund dafür ist wohl die Erfahrung, peruanische Ärzte in der Behandlung von Magen- und Darmkrankheiten haben, sowie die Immunisierung der Bevölkerung durch diese vielen Krankheiten. — Mit anderen Worten: die Peruaner sind es gewohnt, von Krankheiten, Seuchen heimgesucht zu werden.

Leider ist das die triste Wahrheit. Die Cholera ist nur eine von vielen Krankheiten: Typhus, Tuberkulose, Pocken, sogar Lepra. Aber die schlimmste Epidemie in Peru ist immer noch der chronische Hunger, unter dem das Volk zu leidet hat.

Seit dem Regierungswechsel ist die Situation durch die gleich nach dem Regierungsantritt Fujimoris getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen noch dramatischer geworden: Von 22 Mio. Peruanern leben 12 Mio. in absoluter Armut (ca. 55 % der Bevölkerung!), das ist eine große Anzahl von Arbeitern, Bauern, Straßenverkäufern, Arbeitslosen, Frauen, Kindern und Alten, die nicht nur überausgebeutet sind, sondern einer täglich wachsenden Repression ausgesetzt sind. Das sind die sozialen Kosten der „Bemühungen“, die die reaktionäre Regierung Fujimori unternimmt, um sich wieder ins internationale Finanzsystem (IWF, Weltbank, Bank für Interamerikanische Entwicklung, etc.) einzuklinken, nachdem Peru vom IWF als kreditunwürdig erklärt worden war, weil es seine Auslandsschuld nicht pünktlich bezahlt hat. Das sind die sozialen Kosten dafür, daß jetzt die Finanzpolitik „saniert“ werden kann, daß die Bezahlung der Auslandsschuld gesichert wird und vor allem dafür, daß die Profite der imperialistischen Unternehmen und der Großbourgeoisie gesichert werden.

Mit aktiver politischer Teilnahme der katholischen Kirche und der Parteien der offiziellen Linken wurde ein soziales Notprogramm (Programa de Emergencia Social) erarbeitet, um die aufzufangen, die in absolute Armut abzurutschen drohten. Zuerst waren ca. vier Millionen Personen als Empfänger von Lebensmitteln aus diesem Notprogramm anvisiert worden, dann wurde die Zahl auf sieben Mio. erhöht, und heute sind es schon zwölf Mio. Dabei geschieht wieder, was schon immer bei ausländischer Hilfe geschah: Sie wird für politische Zwecke missbraucht, — Assistentialismus als Mittel, Anhänger zu wer-

Peru: Hunger und Repression als Regierungsprogramm

ben. Außerdem wurde in Peru mit der „Hilfe“ spekuliert. Für die Versorgung von 3,5 Mio. Menschen zwischen August und Dezember 1990 hatte die Regierung 315 Mio. US-\$ versprochen, aber bis Januar 1991 hat sie kaum 24,8 Mio. Dollar (ca. 8 %) dafür bereitgestellt. Hingegen informiert Josefina Huaman, Vertreterin von NGO'S für Entwicklungshilfe, daß ein minimales Programm für Gesundheit, Ernährung und Arbeitsbeschaffung an die 963 Mio. US-\$ kosten würde. Die Regierung und das Parlament hingegen haben den Streitkräften und der Polizei erlaubt, ihre Auslandskredite von 100 bis auf 600 Mio. US-\$ zu erhöhen, während für die Posten Landwirtschaft und Ernährung nur 88 Mio. Dollar vorgesehen sind.

Fujimoris Regierungsprogramm ist bereits gescheitert. Sein Modell, wirtschaftlicher Liberalismus kombiniert mit einer autoritären Regierung, einem repressiven und diktatoriellen Regime, zeigt keine Resultate. Die Ziele seines Programms sind: 1. Wiederaufbau des zerfallenden, reaktionären Staates; 2. Stärkung und Intensivierung des bürokratischen Kapitalismus (jene Form des Kapitalismus, die imperialistische Länder in der Dritten Welt einsetzen und entwickeln); 3. Verschärfung des konterrevolutionären Krieges. Die Stärkung des bürokratischen Kapitalismus ermöglicht den Großbourgeoisie und dem imperialistischen Kapital noch größere Einnahmen, da sie den Staatsapparat als wirtschaftlichen Hebel benutzen. So werden die Gewinnsteuern der Unternehmen der Großbourgeoisie von 35 % auf 30 % herabgesetzt und die Steuern der imperialistischen Unternehmen auf ihre ins Heimatland zurückfließenden Gewinne sogar von 30,8 % auf 10 % reduziert. Einige Beispiele dafür: Die Steuern der zwei großen Konzerne Occidental Petroleum und Southern Peru Copper Corporation werden von 55 % auf 37 % herabgesetzt, während die Kaufkraft der Arbeiter in den letzten sechs Monaten um 60 % gefallen ist. Die Unternehmen, welche Nahrungsmittel importieren, bilden eine Mafia, die Milliarden verdient, dank ihrer privilegierten Verbindungen zum Staatsapparat. So genehmigt z. B. der Staat den Import von 70000 Tonnen Reis, während er im Huallaga-Tal (wo unter anderem auch Coca angepflanzt wird) 50000 Tonnen Reis verfaulen läßt. Für die Agrarprodukte, die dem staatlichen Handelsmonopol unterliegen, erhalten die Bauern in der Regel ihre Bezahlung mit einer

Hinter dem gerührten „Wiedereinstieg“ Perus in die internationale Finanzwelt steckt nichts anderes als die Beschaffung von 800 Mio. US-\$, um die überfälligen Zinsen für die Auslandsschuld (ca. 20 Mrd.) zu bezahlen zu können, sowie weitere 600 Mio. US-\$, die bezahlt werden müssen, damit Peru würdig wird, 2 Mrd. vom Club von Paris zu erhalten. Allerdings wird Peru vier oder fünf Jahre lang nichts von diesem Geld zu sehen bekommen, denn alles wird an die ausländischen Banken gehen. Das ist, wie Richard Webb, Ex-Vorsitzender der peruanischen Zentralbank (Banco Central de Reserva), bestätigt, ein tolles Geschäft für den IWF, die Weltbank und die Interamerikanische Bank für Entwicklung, denn es steigt den Wert der peruanischen Auslandsschuld auf dem internationalen Finanzmarkt, es ermöglicht, überfällige Zinsen einzutreiben, und beseitigt das „schlechte Beispiel“, welches Peru lange Zeit durch die Verweigerung der Zinszahlungen für andere Schuldnerlän-

der abgabt. Außerdem verlangt der IWF politische und wirtschaftliche Maßnahmen, die ausländische Investitionen in Peru fördern und garantieren, — was nichts anderes ist als das altbewährte Rezept der Diktaturen.

Der Wiederaufbau des alten Staates bedeutet, daß er nur noch reaktionär wird, daß wahrscheinlich massive Entlassungen folgen werden (400000 Staatsangestellte) und daß diktatorische Strukturen geschaffen werden, gekennzeichnet durch Aufhebung der Macht des Parlaments und der Justiz, Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Alle Fälle von „Terrorismus“ kommen vor das Militärgericht. Die wegen Verbrechen in den Gefängnissen von Lima angeklagten und für Massenmorde in Andendörfern verantwortlichen Generäle sind befördert worden, obwohl die Ermittlungen und Prozesse immer noch laufen. Im Jahr 1990 sind 3452 Tote als Opfer der Repression zu verzeichnen, davon mehr als 2000 in den ersten fünf Monaten der Regierung Fujimori, vor allem durch Bombardements ganzer Dörfer in den Gebieten, über die die Ausnahmestand verhängt worden war. Allein im Departamento von Huancahué gab es im gleichen Zeitraum 200 Fälle von Verschwindenlassen. Peru steht immer noch an erster Stelle auf der traurigen Liste der Länder mit der größten Anzahl von Verhaftungen und Verschwendungen.

In Wahrheit kann gesagt werden, daß all diese Pläne der Reaktion scheitern. Die Wirtschaft befindet sich in einer



Bewaffnete Einheit des „Leuchtenden Pfad“

Einige Ursachen der jugoslawischen Krise

Verschuldung und Niederlagen des Antiimperialismus erschweren den Aufbau

EG-Ratspräsident Poos hat erklärt, daß die EG nicht an einer Aufspaltung Jugoslawiens interessiert sei. Die EG hat bei einer Spaltung Zollgrenzen und viele Währungen zu fürchten. Vor allem ist es ein Anliegen der EG-Kapitalisten, einen Transportweg durch Jugoslawien in den Nahen Osten zu haben. Hier winken neue Geschäfte, nachdem sie sich die Märkte frei geschossen haben.

Seit Mitte der sechziger Jahre wird der Ausbau des Ferntransportnetzes in Jugoslawien von EG und Weltbank finanziert. Mit dem Abschluß von Finanzierungsabkommen ist es den kapitalistischen Staaten früh gelungen, Einfluß auf den jugoslawischen Entwicklungsweg zu nehmen. Ein Teil der heutigen Konflikte zwischen den Republiken ist aus dieser außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Jugoslawiens zu erklären.

Nach dem Ausschluß der KP Jugoslawiens aus der Kominform im Juni 1948 verhängten die osteuropäischen Staaten einen Lieferboykott, der den jungen Staat empfindlich traf. Das US-Kapital stand schon bereit, mit der Verpflichtung der jugoslawischen Regierung, das eigene Eigentum zu entschädigen, um den USA und Weltbank einen Kredit und wurden die jugoslawischen Goldreserven freigegeben. 120 Mio. US-\$ wurde für den Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Verfügung gestellt. Ab 1951 wurden Waffen und Rüstungsmateriallieferungen mit den USA vereinbart, und 1952 stieg die SDR mit einem umfassenden Handels-

vertrag in das jugoslawische Geschäft ein. Bis 1962 hatten die Wirtschafts- und Militärleistungen der USA einen Umfang von 2 Mrd. \$ erreicht. Es folgten in schneller Folge weitere Handels- und Kreditabkommen mit verschiedenen westlichen Staaten.

Das nun reichlich fließende Auslandskapital wurde genutzt, um den enormen Warenmangel auf dem inländischen Markt zu beheben, was die Versorgungslage der Bevölkerung erheblich verbesserte; ein großer Entwicklungsschub in Industrie und Landwirtschaft folgte. Obwohl sich im Agrarsektor die Zuwachsraten an produziertem Getreide usw. gegenüber der Vorkriegszeit erhöhten, konnte aber eine ungleiche Entwicklung zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht verhindert werden. Ab 1960 überflügelte der Anteil der Industrie an der gesamten Produktion den Agrarsektor, der in den Folgejahren immer mehr zurückging und heute nur noch um die 13 % der Gesamtproduktion beträgt. Das bedeutete, daß Jugoslawien schon früh nicht mehr in der Lage war, sich selbst zu versorgen, und auf wachsende Agrarimporte angewiesen war. Infolge der schnellen Industrialisierung wechselten drei Mio. in der Landwirtschaft Beschäftigte in die Industrie.

Die Wachstumsrate der Industrie betrug bis in die siebziger Jahre immer um die 9 %, was über einen so langen Zeitraum eine der höchsten Wachstumsraten weltweit bedeutete; aber die vor allem über Kredite bekommenen Gelder flossen

ganz unterschiedlich in die Industrieregionen Jugoslawiens. So wuchs die verarbeitende Industrie in den schon entwickelteren Regionen Slowenien und Kroatien dreimal so schnell wie die Rohstoffindustrien im Kosovo oder Mazedonien. Das lag daran, daß die Erschließung der Rohstoffvorräte enorm kapitalintensiv ist und keine schnellen Gewinne abwarf. Jugoslawien war aber gezwungen, die ständig steigenden Kreditschulden einzuziehen, und das ging nur über die Industrien im Norden, (Textil und später Elektronik), die immer stärker für den Export produzierten. Trotzdem stieg der Wert des Ausfuhrvolumens selten über 70 % des Imports, was dann auch die Schuldenlast immer mehr verschärft. Seit Beginn des sozialistischen Jugoslawiens stieg der Schuldenberg bei den kapitalistischen Banken und liegt heute über 20 Mrd. \$. Bis zu 50 % der Exporteinnahmen müssen für die Verzinsung der Kreditschulden aufgebracht werden.

Zu Beginn der 60er Jahre wurde das staatliche Außenhandelsmonopol gebrochen und die Verfügung über Import und Export sowie das Recht auf Aufnahme von Krediten den vergesellschafteten Industrien überlassen. Dies führte zu einer Verschärfung der regionalen Entwicklung. Denn nun konzentrierten sich die entwickelteren Industrien immer stärker auf den Weltmarktexport, weil hier schneller Geld zu machen war als mit Investitionen im Inland. Mit der Verschickung von Arbeitskräften ins

Ausland und dem Ausbau des Tourismus wurde versucht, die leeren Kassen zu füllen. Zeitweise wurden bis zu 900000 jugoslawische Lohnarbeiter im Ausland ausgebeutet, davon auf die 400000 allein in der BRD. Die nach Jugoslawien geschickten Lohngelder und Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft brachten in den besten Zeiten an die 5 Mrd. US-\$ im Jahr und konnten so die Schuldenzange ein wenig lockern, brachten aber für die ungleichmäßige Entwicklung des Staates kaum Entlastung, da die meisten verschickten Lohnarbeiter aus Kroatien, Slowenien und Serbien kamen und vom Tourismusgeschäft nur die Adriarepubliken profitierten.

Mit der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Staaten ab Mitte der siebziger Jahre kam es auch zu empfindlichen Stockungen im jugoslawischen Export. Ein Ausgleich wurde in der Ausweitung des Handels mit den RGW-Staaten gefunden, der mit einem Anteil von teilweise über 50 % den Westhandel überwund. Aber hier gab es nur Geschäftsware gegen Ware, was die notwendigen Devisen nicht einbrachte. Ganz entscheidend setzte Jugoslawien daher auf den Handel mit den Dritten Welt-Ländern. Der Kampf um die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die die Interessen der Dritten Welt-Staaten durchsetzen konnte, wurde ein wichtiges politisches Ziel der jugoslawischen Außenpolitik. Es war eine strategische Niederlage, daß es den imperialistischen Staaten gelungen ist, diese Auseinandersetzung für sich zu entscheiden. Damit war für die dritte Welt, und Jugoslawien ist dazu zu rechnen, ein Weg abgeschnitten, sich aus der imperialistischen Umklammerung zu lösen.

Die Konsequenz aus dieser Niederlage führte in Jugoslawien zu der sogenannten „Export-um-jeden-Preis“-Politik, die ab 1983 offiziell proklamiert wurde. Innerhalb eines Jahres zog der Export um fast 900 Mio. \$ an, wobei der Hauptanteil in die EG-Länder mit knapp 500 Mio. \$ ging. Die Handelsbilanz bekam zwar ein besseres Aussehen. Aber das war erkauft mit einem Rückgang der Importe im gleichen Zeitraum um 850 Mio. \$, was die Lebensbedingungen enorm verschlechterte und die politische Krise weiter vorantrieb. Gebracht hatte diese Politik letztlich nichts, außer daß die gesamtjugoslawische Ökonomie vollständig zerstört wurde. Jetzt beginnt in den Republiken eine „Rettet-sich-wer-kann“-Politik. Slowenien und Kroatien hoffen nun, wenn sie sich abspalten, auf ihre guten Geschäftsbeziehungen und werden alles daran setzen, die EG von ihrer Position abzutragen. Inzwischen hat der kroatische Präsident Tučman schriftlich zur einer europäischen KSZE-Konferenz aufgerufen, weil sich Jugoslawien selbst nicht mehr helfen kann. Ein mögliches Szenario im Falle einer Abspaltung und des dann möglicherweise folgenden Einsatzes der jugoslawischen Armee hat schon die „FAZ“ für Slowenien ausgearbeitet. „Eventuelle Gewaltandrohung der Belgrader serbischen Zentrale gegen Slowenien könnten dessen Souveränität nicht in Frage stellen. Sie wären völkerrechtswidrig und müßten Sanktionen der Vereinten Nationen nach sich ziehen, die Slowenien in den Kreis ihrer Mitglieder aufzunehmen hätten“ („FAZ“ 45/91). Was am Golf schon vorexerziert wurde, kann also Jugoslawien auch blühen. Quellenhinweis: Südosteuropa aktuell, versch. Ausgaben — (hav)

Der weißblaue Megawatt-Clan

Bayernwerke breiten in Zusammenspiel mit Siemens ihr Machtmonopol aus

„Im Prinzip geht alles — aber ohne Strom läuft nichts“ tönt es uns von Plakatwänden und aus breitformatigen Anzeigen entgegen. Ohne den Auftraggeber der millionen-

schweren Propaganda für Stromverschwendungen läuft in Bayern tatsächlich nichts. Der Freistaat ist energetisch fest im Würgegriff des BAYERNWERKS.

Die Herren über den drittgrößten Strommonopolisten der Bundesrepublik sitzen in der Nymphenburger Straße in München. Doch ihre Fäden reichen weit ins Land hinaus. Mehr als 50 Tochterunternehmen tummeln sich unter dem Dach des BAYERNWERKS. Und beileibe nicht nur Stromversorgungsunternehmen wie die OBAG in Ostbayern, die ÜWU in Unterfranken oder die EVO in Oberfranken. Perle in der langen Liste der Beteiligungen ist die CONTIGAS, mit der Bayerns Elektrizitätsunternehmen Nr. 1 auch große Teile der bayrischen Gaswirtschaft kontrollieren will.

Doch der Machthunger des Energiegiganten macht an den weißblauen Grenzen nicht Halt. Über komplizierte Beteiligungsgesellschaften will der Konzern verschleieren, daß er seine Finger z. B. auch in den westfälischen Vereinigten Elektrizitätswerken und damit beim Hochtemperaturreaktor drin hat.

Der nukleare Wahn

Atomkraft — ja, das ist des BAYERNWERKS liebstes Kind! An nicht weniger als 7 AKWs (zwei davon sind schon schrottreif) ist die BAYERNWERK AG direkt beteiligt. Obwohl die Münchner damit eine gigantische Atomstromüberkapazität aufgebaut haben, planen sie schon wieder weiter. Zusammen mit der VEBA und den Isar-Amper-Werken haben sie Siemens/KWU einen Planungsauftrag für einen neuen Druckwasserreaktor erteilt. Damit wollen sie Bayerns BürgerInnen Mitte der neunziger Jahre überraschen. Oder auch die frühere DDR und die Tschechoslowakei.

Der Marsch nach Osten

In bester deutscher Tradition richtet man in der Münchner Konzernzentrale den Blick mittlerweile nach Osten. Statt den Umbruch in der DDR für den Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung zu nutzen, denkt und handelt man nur in alten Bahnen. Schon jetzt versucht das Bayernwerk, seine Stromüberschüsse dort abzusetzen. In großem Stil soll das über zwei neue 380 kV-Hochspannungsleitungen bei Weiden in die CSFR und bei Redwitz in die neuen Bundesländer erfolgen.

Mit anderen führenden Atompropagandisten, der VEBA/Preussenelektra, hat das BAYERNWERK schon lange vor der deutschen Vereinigung den energiewirtschaftlichen Eroberungsfeldzug in die DDR angetreten. Hochspannungsleitungen, Kohlekraftwerke und — zusammen mit Siemens — Atomkraftwerke des Bautyps Ohu 2 sind geplant.

Der Dritte im Bunde des Megawatt-Clans ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE). Nach kurzem Gerangel einigte man sich, die gesamte Energiewirtschaft der DDR handstreitig zu übernehmen. Auf der Jahrestagung Kerntechnik in Nürnberg sprachen die Manager Klartext: „Wir haben kein Interesse, der DDR nur mit dem Bau einiger Kernkraftwerke zu helfen, auch wenn man damit eine respektable Rendite erzielen könnte. Angesichts eines kaum mehr expandierenden Marktes in der BRD ist nur die volle Übernahme der Energieversorgung der DDR interessant.“

„Reich und unersättlich“

Das Geld für seine Expansionspläne holt sich das BAYERNWERK dafür im Überfluß aus den Taschen der Stromkunden. Wie alle großen Energieversorger! Das RWE hatte sich davon 1989 mit TEXACO (der heutigen DEA) das fünftgrößte Mineralölunternehmen der BRD gekauft. Da mochten die Bayern nicht nachstehen. Sie kauften sich für eine geheimgehaltene Summe fast die Hälfte der Papierwerke PWA Waldhof-Aschaffenburg, einen führenden europäischen Papierhersteller, bei dem sie nun das unumschränkte Sagen haben. Zusätzlich erwarben sie 25 % der Aktien der eigenen Mutter, des Bonner VIAG-Konzerns. Mit diesem zusammen ging

es dann Schlag auf Schlag weiter. Im Januar hatten sie das Handelshaus Klöckner, wenig später ein Aktienpaket der Gerresheimer Glas AG in der Hand. Als „reich und unersättlich“ stufte die Zeit das Bayernwerk ein. Ein Stromversorgungsunternehmen auf dem Weg zum Industriemulti. Und das mit dem Segen des Kartellamts!

Die Angst des Elefanten vor der Maus

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sind keine normalen Unternehmen. Sie sind durch das noch aus der Nazizeit stammende Energiewirtschaftsgesetz besonders geschützte Monopolunternehmen. Mit staatlich garantierten Preisen und Gewinnen. Und das soll auch so bleiben.

Beim Stichwort „Rekommunalisierung der Energieversorgung“ schrillen in den Zentralen der Isar-Amperwerke oder OBAG die Alarmglocken. Selbst kleinste Versuche der Gemeinden, dem Auftrag des Artikels 83 der Bayerischen Verfassung nachzukommen und die Bevölkerung selbst mit Elektrizität zu versorgen, verfolgen sie unnachgiebig. Und mit allen Mitteln! Sind sie es doch gewohnt, Verträge zu diktieren und Millionengewinne einzuhiszen, die die Gemeinden ebensogut selbst erwirtschaften könnten.

Da wurden rechtswidrige Knebelungsverträge abgeschlossen, die die Stromversorgung der Gemeinden regeln. Kein Wunder, daß man an deren Geheimhaltung interessiert war. 1995 nun laufen diese Verträge aus und damit bietet sich vielen Gemeinden die Möglichkeit, die lukrative Stromversorgung in die eigenen Hände zu nehmen. Die Multis haben Angst vor einem „Masseneffekt“ — und erhalten Schützenhilfe aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium. „Den werden wir versuchen, mit aller Macht zu verhindern“, droht ein leitender Beamter.

Der weißblaue Filz

Wo viel Macht ist, ist bekanntlich auch viel Filz. Der ist aber oft leichter zu durchschauen als die geheimgehaltene Geschäftspolitik. Die Vorteile des weißblauen Filzes weiß auch Baron August von Finck, einer der reichsten Männer der Republik, zu schätzen. Gerne holt er sich Beamte des Wirtschaftsministeriums, von Infotischen bis Platzbesetzungen an die Spitze seiner Isar-Amper-Werke.

Mit 1,6 Milliarden Umsatz übrigens das größte private EVU der BRD.

Das BAYERNWERK gehört zu 60 % dem bayerischen Staat. Kaum ein führender CSU-Politiker, der nicht schon seine Tantiemen im Aufsichtsrat des Unternehmens kassiert hätte: Franz-Josef Strauß und sein Nachfolger Max Streibl, Anton Jaumann, Ludwig Huber und Gerold Tandler. Jetzt sitzen August Lang und Georg Freiherr von Waldenfels drin. Da beantragt heute also Aufsichtsratmitglied August Lang höhere Strompreise oder ein neues AKW. Und morgen genehmigt Wirtschaftsminister Lang den höheren Profit und Ministerkollege Peter Gauweiler das neue Kraftwerk. So einfach ist das in der freien Marktwirtschaft!

„Wer zolt, schafft o!“

Dieses Zusammenspiel funktioniert fast immer. Besonders, wenn die Energiewirtschaft die Regeln festlegt und die Politiker froh sind, wenn sie mitspielen dürfen. Wie wenig Einfluß die Politiker haben, das hat sich 1989 gezeigt, als VEBA-Chef Bennigsen-Foerder über Nacht den Ausstieg aus der WAA

„Da müssen Verrückte am Werk sein, wenn das Projekt nicht weitergeführt würde.“

Bayerns Umweltminister Dick zur WAA.

Wackersdorf verkündet hat. Und es zeigt sich jetzt, mit welcher Leichtigkeit sich die drei großen Energieversorger der BRD die gesamte DDR-Elektrizitätswirtschaft unter den Nagel reißen. Die geballte Macht in den Konzernzentralen wächst, Demokratie verkommmt mehr und mehr zum leeren Schlagwort. Darauf müssen sich auch künftig die Bürgerinitiativen einstellen. Es reicht nicht die gesellschaftliche Mehrheit gegen die Atomenergie in parlamentarische Mehrheiten umzusetzen. Der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft wird nur im Zusammenwirken von Erörterungsterminen bis Demonstrationen, von Infotischen bis Platzbesetzungen gelingen. — (ruso)



SIEMENS-KRAFTWERKUNION Der bayerische Reaktorgiant

Schon seit 8 Jahren kein Auftrag für ein Atomkraftwerk mehr. Und die WAA — die Siemens/KWU zum Trost bauen durfte — ist auch gestorben. Wenngleich dabei trotzdem bestimmt gut verdient wurde. Wer kassiert nicht gern Geld für eine Anlage, bei der er nie nachweisen muß, daß sie auch funktioniert.

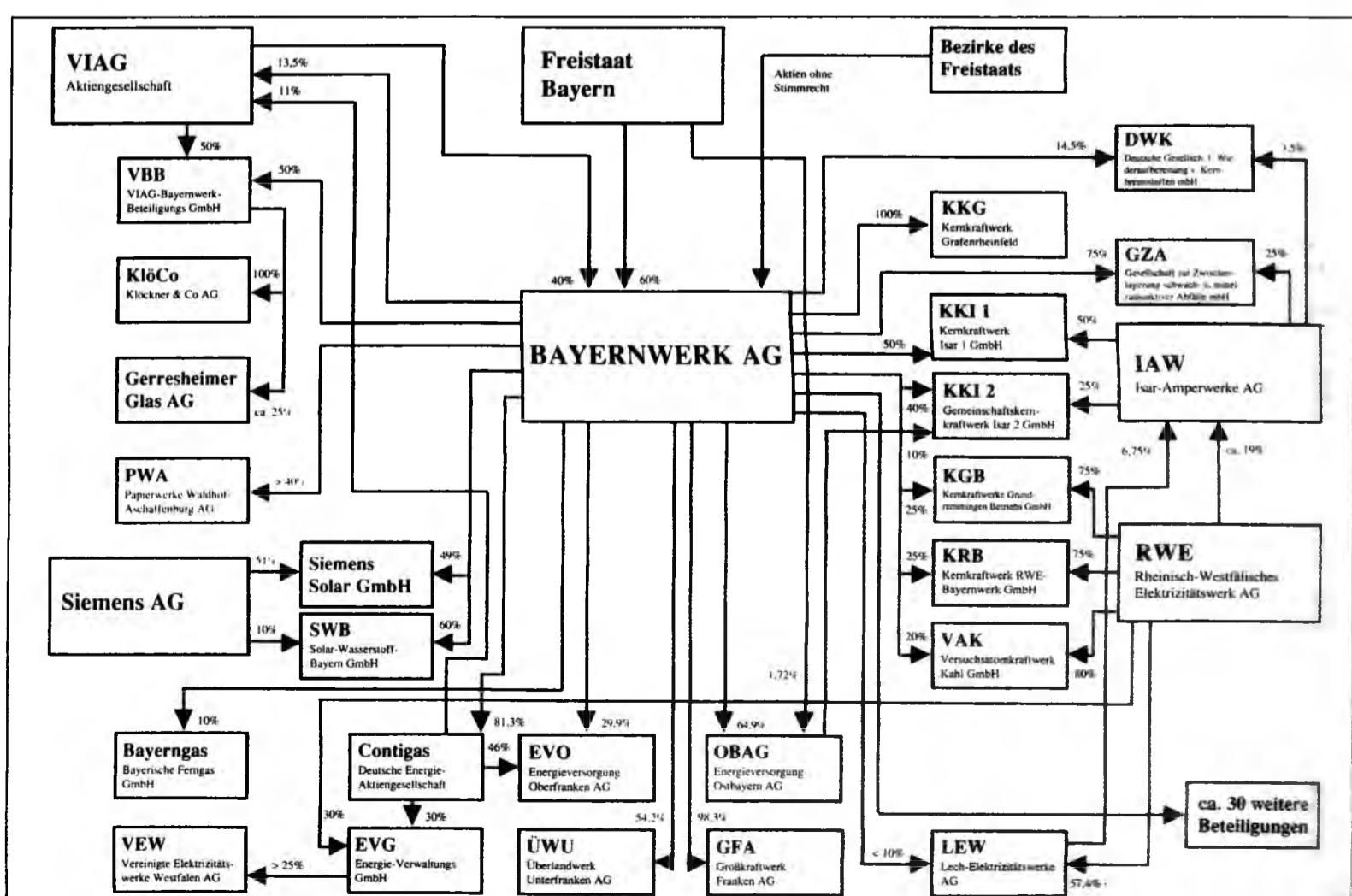
Trotz der langen Flaute im Atomgeschäft gehört der in Erlangen beheimatete Unternehmensbereich Kraftwerkunion (KWU) der Siemens AG mit einem Ableger in Karlstein immer noch zu den Großen. In der westlichen Welt die Nummer 4, in Europa Nr. 2 und in der BRD die weit und breit unangefochtenen Nr. 1 unter den Reaktorbauern.

Siemens beherrscht in der Bundesrepublik den Markt für Leichtwasserreaktoren — den heute üblichen Reaktortyp — inzwischen alleine. Über die 100 %ige Tochter Interatom hat sie die Entwicklung des Schnellen Brüters in der Hand, mit dem früheren Konkurrenten Asea-Brown-Boveri (ABB) teilt sich Siemens in der gemeinsamen HTR GmbH die Hoffnungen auf das Geschäft mit dem Hochtemperaturreaktor. Die Führungsposition auf dem Kraftwerksmarkt wurde nicht zuletzt durch milliardenstarke Subventionen und Bürgschaften erlangt.

Seit das Kraftwerksgeschäft nicht mehr so läuft — und das nicht erst seit Tschernobyl — verlegt man sich auf die Nebengeschäfte AKW-Service und Nachrüstungen, die inzwischen auch Milliardenhöhe erreichen. Nach dem Hanauer Atomskandal schanzt Umweltminister Töpfer Siemens im Zug der sogenannten Neuordnung das Brennelementengeschäft zu. So kontrolliert der Münchner Konzern jetzt fast den gesamten bundesdeutschen Markt für Brennelemente und kauft sich bereits in US-Brennelementfabriken ein.

Gemeinsam mit dem französischen Atomgiganten Framatome startet KWU mit der Nuclear Power International (NPI) den Angriff auf die Exportmärkte. Auch will man einen gemeinsamen Reaktor entwickeln aus der Zuversicht, daß sich „durch die drohenden Klimaprobleme in Zukunft der Markt für Kernkraftwerke wieder beleben wird“ (Siemens Standpunkt 1/90).

Wesentlich schneller rechnet der bayerische Reaktorhersteller mit Geschäften in der DDR. In Stendal will er zwei der geplanten vier sowjetischen Blöcke durch AKWs des Typs Ohu 2 ersetzen. Und bei Leipzig wünscht man sich einen weiteren 6-Milliarden-Block. Unterstützung erhalten die Reaktorbauer dabei vom Bayernwerk, das ihnen schon sieben Aufträge zuschanzte und mit dem sie neuerdings auch in gemeinsamen Firmen verbunden sind.



Kapitalverflechtungen in der Energiewirtschaft am Beispiel der Bayernwerk AG.

LKA setzt auf Psychiatrie

Soll Zwangspsychiatrie Aussagen erpressen?

Nürnberg/München. Die staatlichen Repressionsbehörden in Bayern scheinen jetzt aus ihrer Sicht einen gewaltigen Schritt vorwärts gehen zu wollen. Die Psychiatrie soll direkt den Ermittlern Aussagen gemacht werden, um erwünschte Aussagen erhalten zu können.

Seit dem 19.2.91 ist Sven L., ein 25-jähriger Nürnberger, unter dem Vorwurf, einen Brandanschlag gegen das Nürnberger Einwohnermeldeamt verübt zu haben, in U-Haft. Die Prozeßgruppe Sven schreibt hierzu: „Bekanntlich sind die Meldeämter wichtige Datensammlungsstellen mit bis zu 200 Einträgen pro Person. Im Krisen- und Kriegsfall kommt ihnen eine zentrale Rolle in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zu, denn die dort erfaßten Menschen mit verschiedenen militärisch relevanten Ausbildungen werden dann in großem Umfang aufgrund der Sicherstellungsgesetze zu Arbeitsdiensten zwangsverpflichtet. Daneben befindet sich im Nürnberger Einwohnermeldeamt das Wehrfassungsamt und die Ausländerbehörde.“

Sven verweigerte bis jetzt die Aussage. Am 28.2. wurde er nun vom Nürnberger Knast, vor dem es bereits zwei Knastkundgebungen gegeben hatte, in das berüchtigte Haus III der JVA Straubing (psychiatrische Abteilung) verlegt. Die Schließung dieses übelsten Hauses in Bayern war eine Forderung des Gefangenenaufstands 1990. Sven ist dort in einer „Trockenzelle“ untergebracht. seine Eltern und seine Anwältin wurden über die Verlegung nicht informiert.

Die Prozeßgruppe schreibt weiter: „Als Begründung für die Zwangsvorlegung in die Straubinger Knastpsychiatrie wurde angeführt: Sven zeige „abnormes Verhalten“. Was die staatlichen Behörden unter „abnormalem Verhalten“ verstehen, äußerten sie ganz offen: Sven weigere sich prinzipiell, mit Polizisten, JVA-Bediensteten jedweder Couleur oder Richtern zu reden, und dies sei als Verhaltensstörung einzustufen. Die Inanspruchnahme des grundlegenden Rechtes eines jeden Gefangenen, die Aussage zu verweigern, die Inanspruchnahme dieses Menschenrechts auf Aussageverweigerung dient den Behörden somit als Begründung für Svens Zwangspsychiatrie. Für uns ist dies der offenkundige Versuch, massiven Druck auf Sven auszuüben, um ihn zu Aussagen zu zwingen. Seit Donnerstagabend (7.2., d. Red.) haben sich die Angriffe auf Sven gravierend verschärft. Unter Anwendung von Gewalt werden ihm täglich Spritzen verpaßt, entgegen der Versicherung der Psychiatrieleitung, Sven befindet sich nur zur Beobachtung dort. Von den Psychiatriediensteten wurde ihm angedroht: „Wir werden dich solange spritzen, bis zu redet: Sven soll also psychisch und physisch“

isch zermürbt werden, wenn er nicht mit den staatlichen Ermittlern und Knastbediensteten kooperiert, die sich nun auf ihn stürzen, da eine Reihe von Brandanschlägen in der Region unaufgeklärt blieb. Dies entspricht der UNO-Definition von Folter.

Die Zwangspsychiatrie von unangepaßten und selbstbewußten Gefangenen mit dem Ziel, sie „stillzulegen“ und ihre Identität zu brechen, ist in der BRD nichts Neues. Besonders berüchtigt für solche Zwecke ist das Haus III in Straubing. In dieser „Hölle von Straubing“ (SZ) kam es in letzter Zeit zu einer Fülle von ominösen Selbstmorden, der letzte wurde vor wenigen Tagen bekannt. Dort fanden Menschenversuche mit Neuroleptika im Auftrag der Pharmaindustrie statt, aus vielen Dokumenten von Gefangenen geht hervor, daß die Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka nachhaltige körperliche und psychische Schädigungen hervorruft. Erst im letzten Jahr sah sich der bayerische Landtag gezwungen, mit einem Untersuchungsausschuß auf diese menschenverachtenden Folterpraktiken zu reagieren, was freilich ohne greifbare Konsequenzen blieb.“

Am Samstag, den 9.3.91, nahmen über 200 Menschen an einer Demonstration in Straubing und an einer Kundgebung vor der JVA teil. Die Hauptforderung war „Keine Zwangspsychiatrie von Sven“, außerdem wurde u.a. die Schließung von Haus III, die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF, Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen sowie die Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen gefordert. Auf der Kundgebung sprachen unter anderem der grüne Landtagsabgeordnete Hans-Günther Schramm, der vor allem auf das Recht auf Aussageverweigerung Bezug nahm und die Praxis der Ermittlungsbehörden scharf angriff. Da er Sven kurz zuvor besucht hatte, konnte er Grüße von Sven an die Kundgebung übermitteln. Ferner wurde ein Beitrag zur Situation von Bernd Rössner gehalten, dessen Entlassung seit langem überfällig ist. Ein ehemaliger Gefangener der JVA Straubing konnte persönlich nicht erscheinen, sein die Zustände in der JVA Straubing authentisch belebender Redebeitrag wurde deshalb auf Tonkassette über die Lautsprecher abgespielt. Die Polizei setzte u.a. eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei sowie einen Zug der Sonderreinheit USK (Unterstützungskommando) ein. Zu Festnahmen kam es nicht, aber zu zahlreichen Personalienfeststellungen im Zuge der Kontrollen der Zufahrtstraßen nach Straubing. — (chl)

Aktuelle Informationen können beim Infobüro im KOMM. Tel. 0911/226598 (18-19 h) angefordert werden. Postanschrift: Prozeßgruppe Sven c/o Netzwerk, Moltkestr. 13, 85 Nürnberg.

Aktionseinheit gegen Ausländerverfolgung

Stuttgart. Eine Aktionseinheit von Devrimci Isci, DIDE, Kulturtreff, Demokratische Einheit, Feyka Kurdistan, Freundeskreis des kurdischen Volkes, KPD und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg appelliert in einer gemeinsamen Erklärung an Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, an Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlings- und Asylgruppen und die Parteien, gegen aufenthaltsrechtliche Notstandsmaßnahmen gegenüber Ausländern zu protestieren und sich für ein allgemeines Bleiberecht für palästinensische, arabische und kurdische Flüchtlinge einzusetzen. Gefordert wird außerdem ein Asylrecht für alle ausländischen Deserteure. Zusammen mit dem Antikriegskomitee wird eine Veranstaltung gegen die Notstandsgesetze und die Anwendung des neuen Ausländergesetzes vorbereitet. — (rac)

Diskreditierungskampagne der CDU gegen Justizministerin

Hannover. Die niedersächsische Justizministerin Alm-Merk (SPD) entwickelte sich zu einem „Sicherheitsrisiko“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Heinemann in einer Mitteilung. Die drei politischen Gefangenen in Celle hätten „zeitlich unbegrenzt und ohne jegliche Überwachung Gespräche führen können“. Bei der von der CDU als „zum Umfeld der Terroristenszene“ gehörenden bezeichneten Besuchergruppe handelt es sich um zwei Pfarrer, einer ehemaliger Vorsitzender von Amnesty International. Das Justizministerium wies in einer Stellungnahme darauf hin, daß es üblich sei, daß Gespräche unter Leitung von Kirchenvertretern unkontrolliert blieben. Seit Amtsantritt der Justizministerin betreibt die CDU eine Diskreditierungskampagne, die Angriffe kommen mit wöchentlicher Regelmäßigkeit, um sie in der Landesregierung zu isolieren. Die Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger hat bereits in einer Stellungnahme dagegen protestiert. — (rec)

Lebenslange Haft für SS-Rottenführer

Siegen. Wegen Mordes in drei Fällen wurde der 71jährige ehemalige Blockwart im Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau, Ernst-August König, vom Siegener Schwurgericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Vom Vorwurf, weitere sieben KZ-Häftlinge umgebracht zu haben, wurde König freigesprochen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der damals 24jährige SS-Rottenführer 1943 die 47jährige Sophia Weiß, den 50jährigen Oskar Schopper und den 67jährigen Wolfgang Seeger mit Schlägen und Tritten zu Tode gequält hat. Mit dem Schulterspruch ist erstmals in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte eine Verurteilung für den Völkermord an Sinti und Roma ergangen. — (u.b.)

Ergebnisse: Schülerkonferenz gegen Golfkrieg in Hamburg

Hamburg. Vom 1. bis 3. März fand in Hamburg auf Einladung des SchülerInnenaktionsteams gegen den Golfkrieg und des Antifaschistischen Arbeitskreises der SchülerInnenkammer Hamburg eine „bundesweite SchülerInnenkonferenz gegen den Golfkrieg“ in der Jahnschule statt. Es kamen ca. 70 Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet, zudem ein PDS-Vertreter. Im folgenden kurze Auszüge aus dem Konferenzergebnis „Inhalte und Denkanstöße der Aktionskonferenz“:

„... Die Ursachen des Krieges sind nicht beseitigt. Die Ursachen — nämlich, daß die arabischen Völker nicht selbstbestimmt leben dürfen — können nicht durch vom Westen aufgezwungene Verhandlungen beseitigt werden, sondern nur durch eine wirklich demokratische, d.h. an den Interessen der Menschen orientierte Entwicklung, die auf dem Selbstbestimmungsrecht und der friedlichen Koexistenz der Völker basiert...“

Um diese Hintergründe zu diskutieren, haben wir am Samstag verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die die Strukturen der Unterdrückung der Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika und das Interesse, das dahintersteht, herausarbeiten sollten, damit wir weiterdiskutieren können...

Daraus haben wir einen bundesweiten SchülerInnenaktionstag gegen Daimler-Benz als einen der größten verantwortlichen Rüstungskonzerne und Kriegsprofiteure am 24.4.91 beschlossen. Am 30.3.91 wird es dazu in Frankfurt ein Vorbereitungstreffen geben.“

Kontaktadresse: Antifa-AK der SchülerInnenkammer Hamburg, Brücknerstr. 1, 2000 Hamburg 76. — (u.b.)

Ostermarsch Ruhr: Gegen weltweiten Bundeswehreinsatz

Essen. Nach längerem Streit unter den bisherigen Organisatoren soll auch in diesem Jahr — mit einem abgespockten Programm — wieder ein Ostermarsch Ruhr stattfinden. Am Samstag, 30.3., geht es von Duisburg und Mülheim nach Oberhausen, am Sonntag von Gelsenkirchen und Essen nach Bochum und am Montag nach Dortmund. In diesen Orten finden auch Kundgebungen statt. Durchgesetzt hat sich die nicht zuletzt von der DKP vertretene Ansicht, daß der Ostermarsch zum Protest gegen den Golfkrieg und seine Folgen genutzt werden müsse. Der Aufruf „Krieg ist kein Mittel der Politik!“ richtet sich u.a. gegen den internationalen Einsatz der Bundeswehr und die dazu geplante Grundgesetzänderung. Er unterstützt die Forderungen nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Palästinenser und Kurden. — (wof)

Brutaler SEK-Einsatz: Über 30 Kurden festgenommen

Essen. Am 21.2. stürmten in Essen SEK-Polizisten vier kurdische Cafes und mehrere Wohnungen. Sechs Leute wurden verhaftet, mindestens 28 vorläufig festgenommen. Die Zahl der inzwischen verhönten Kurden dürfte bei über 100 liegen. Ziel der Razzia war die Zerschlagung eines vermeintlichen Drogenringes. Von Drogenfund konnte die Presse jedoch nichts berichten, dafür berichteten die von der Razzia Betroffenen über Brutalitäten. In einem Cafe in Borbeck mußten sich die Leute mit erhobenen Händen an die Wand stellen und sich nackt ausziehen. Halis Özcan, Ausländerbeirat: „Da wurden Menschen krankenhausreif geschlagen und das Mobiliar zertrümmert.“ — (kro)



Bielefeld. Spieler der 2. Fußballmannschaft des VFL Schildesche: 90% der Vereinsmitglieder stimmten für die Aufschrift „Gegen Rassismus“ gegen Vorstand und Drogenhändler von Sponsoren. Für Einbußen durch Kündigung von Werbe-Verträgen werden 12 alternative Firmen einspringen. Der DFB hat die Aufschrift genehmigt. — (stb)

Repression gegen Antikriegsdemo

Ohne Beweise wird Devrimci Sol Güçler das Demonstrationsrecht abgesprochen

München. Anlässlich einer Kundgebung am 27.2. gegen Kriegssteuer und Pflegedienstverpflichtung setzte das Kreisverwaltungsreferat durch, daß der türkischen Vereinigung Devrimci Sol Güçler (DSG) das Auftreten verboten wurde. Grund: sie sei — nach Verdacht (!) des bayer. Verfassungsschutzes — Nachfolgeorganisation der 1983 vom Innenminister verbotenen Devrimci Sol. Wir veröffentlichen die Grußadresse von Devrimci Sol Güçler — (ecg)

2. Welche legalen Vereine sind es, die die DSG zustande bringen?

a) TAYAD (Hilfsverein für Gefangene und verurteilte Familien in der Türkei). Dieser Verein wurde am 3. Februar 1986 von den Angehörigen der politischen Gefangenen, die vor und nach dem 12. September 1980 von der faschistischen Evren-Junta festgenommen wurden, gegründet.

b) DEMKAD (Verein der demokratischen Frauen im revolutionären Kampf). Dieser Verein wurde 1987 von den Frauen, die auf der Seite der Demokratie, der Unabhängigkeit und des Sozialismus sind, gegründet.

c) Dev-Genç (Revolutionäre Jugend). Der Kampf von Dev-Genç hat im Jahre 1969 begonnen. Ihr Ziel ist, den akademisch-demokratischen Kampf zu organisieren.

Bestandteile der legalen Organisation sind revolutionäre Unis, Schüler aus verschiedenen Schulbereichen und die Jugend, die gegen Faschismus und Imperialismus kämpfen. Bis heute haben auf keine Art und Weise terroristische Aktionen durch. Deswegen ist es jetzt weder in der Türkei noch in Europa zu einem Verfahren gekommen.

L DSG ist eine Plattform von legalen Organisationen. Also die Mitglieder und Anhänger sind nicht illegal. Sie führen einen Kampf auf einer demokratischen Plattform. Sie führen keine terroristischen Aktionen durch. Deswegen ist es jetzt weder in der Türkei noch in Europa zu einem Verfahren gekommen.

Die oben aufgezählten drei legalen Vereine bringen DSG zustande. Ja, den Namen von DSG hört man in Europa neu. Aber die drei aufgezählten legalen Vereine bestätigen, daß es DSG schon seit 1986 in der Türkei gibt.

DSG organisiert Aktionen des türkisch-kurdischen Volkes in demokratischen Plattformen sowohl in Europa, Deutschland, als auch in der Türkei, im Zusammenhang mit Menschenrechten und Freiheit, beim Kampf für Demokratie und Unabhängigkeit. In dieser Hinsicht ist der erste Unterschied zu Dev Sol offen. Es kann auch nicht die Rede davon sein, eine Teilorganisation oder abhängig von Dev Sol zu sein. (....)

Wir, als Devrimci Sol Güçler, werden unsere Legalität in der BRD bis zum Schluss verteidigen. Dafür sind bereits zwei unserer Rechtsanwälte verantwortlich. (....)

Unsere Protestaktionen sind (gerichtet) gegen Faschismus und Imperialismus, gegen Preiserhöhungen und Unterdrückungen, gegen faschistische Ermordungen und gegen die Massakrierung der Völker im Nahen Osten durch die USA und die Alliierten.

Grüne unterstützen Kurdistan

Beschluß des Kreisvorstandes Bielefeld

Bielefeld. Die folgende Ansprache wurde am 23.3. vom Kreisvorstand der Grünen auf dem kurdischen Newrozfest in Kaunitz (Ostwestfalen) vor 2000 Teilnehmern als Grußadresse gehalten. Nach Auskunft von Michael Ortmann (Mitunterzeichner des Dokumentes), ist der Inhalt der Rede gleichzeitig ein Vorschlagsbeschluß, der nach konträr geführter Debatte im Kreisvorstand gefaßt wurde.

„Die Grünen/Bunte Liste, KV Bielefeld.“

Wir möchten unsere Solidarität mit dem kurdischen Volk, das in allen vier Teilen Kurdistans Repressalien, Unterdrückung, Terror bis hin zum Völkermord ausgeliefert ist, bekunden. Uns ist bewußt, daß gerade die Bundesrepublik Deutschland hierbei eine besondere Rolle spielt. Die BRD ist eine der führenden westlichen Industriestandorte, der es nur um ihre eigenen Interessen bei der Aufteilung der Weltmärkte geht. Dabei werden von den Industriestandorten, die ihnen wohlgesonnenen und von ihnen abhängigen Diktatoren, wie zum Beispiel das ÖZAL-Regime, zur Vertretung der eigenen Interessen benutzt. Hier geht es nur um harte DM oder Dollar. Menschenrechte, Menschenleben und Unabhängigkeitstreiber haben für die Interessen der Mächtigen dieser Welt bedingungslos zurückzutreten. Hier wird

Euer Kampf, der Kampf des kurdischen Volkes, auch zu unserem Kampf.

Wir fordern die Entscheidungsträger dieser Republik auf, sofort Schlüß zu machen mit der wirtschaftlichen, militärischen und logistischen Unterstützung des Völkermordes ÖZAL. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Aufklärung über die wahren Absichten des ÖZAL-Regimes, nämlich im Schatten des Golfkrieges einen Völkermord an den Kurden zu begehen, zu leisten. Die Bundesregierung soll alle Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, nutzen, um die Politik derartiger diktatorischer Regimes anzuprangern und zu diskreditieren und somit ein Regime, wie das in der Türkei zu isolieren. Ohne die Unterstützung der BRD und der NATO könnte sich die ÖZAL-Regierung aus eigener Kraft sicher nicht lange halten. Solange die BRD dies nicht tut, wird sie sich von uns und anderen fragen lassen müssen, inwieweit sie selbst überhaupt von einer derartigen Politik entfernt ist. Es wird ein neuer Tag kommen, an dem ein solidarisches, wirklich demokratisches Zusammenleben der Menschen und Völker möglich wird. Damit dieser Tag kommt, unterstützen wir, die Grünen, den Kampf des kurdischen Volkes, denn dieser Kampf ist ein Teil des Kampfes um unser aller Ziel zu verwirklichen.“ — (stb)

Keine Perspektive?

Diskussion in der IG Chemie Hamburg über Entgeltgruppen

Hamburg. Mit Inkrafttreten des Entgelttarifvertrages für die Chemische Industrie im Jahre 1988 wurde auch tariflich festgelegt, daß die Relationen der einzelnen Entgeltgruppen bis 1995 unverändert weiter gelten sollen. Der Entgelttarifvertrag, der die Handwerkergruppen an die vergleichbaren Angestelltengruppen heranführen soll, wird den Abstand zu den Gruppen der ungelerten Arbeiter um 400,- DM und mehr erhöhen. Dies soll bis 1995 verwirklicht sein. Eindeutig geht diese Entwicklung im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der unteren Entgeltgruppen. Hauptsächlich Frauen und ausländische Arbeiter sind dort eingruppiert.

Eine Kritik an diesem Kurs hat es in der IG Chemie besonders schwer, weil der Tarifvertrag vor der Kündigungsfrist angegriffen werden muß. Dennoch wird die Kritik lauter. Auf der den Gewerkschaftstag im Juni dieses Jahres vorbereitenden Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg am 2. März entwickelte sich eine lebhafte Diskussion um dieses Thema. Ein Delegierter der Hamburger Aluminium Werke forderte eine Änderung des tarifpolitischen Kurses. Die Verfechter dieser tarifpolitischen Entwicklung, die sich zahlreich zu Wort meldeten, haben die Drohungen der Kapitalisten schon zum eigenen Programm erhoben: eine beson-

dere Anhebung der unteren Entgeltgruppen (immerhin 35% aller Beschäftigten in der chemischen Industrie), so argumentierten sie, würde dazu führen, daß diese Gruppen verstärkt wegrationalisiert und durch den Einsatz von Fremdfirmen ersetzt würden. W. Schulz (Hauptvorstand) erklärte zum nächstliegenden Ziel nicht die Anhebung der unteren Entgeltgruppen, sondern die Erfassung der außertariflichen Angestellten durch den Entgelttarifvertrag. Da wäre es erst recht absurd, immer den Vergleich von unten und oben anzuführen. Außerdem gäbe es immer „untere Gruppen“, wenn man nicht alle gleich bezahlen wollte, und die „Unteren“ in der chemischen Industrie seien vergleichsweise hoch.

Die Mehrzahl der Delegierten vermochte diese Argumente nicht einzusehen. Bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag wurden entgegen dem Vorschlag des Vorstandes zwei Delegierte gewählt, die auf der Versammlung offen für die Interessen der unteren Entgeltgruppen waren und für eine Änderung des tarifpolitischen Kurses eingetreten sind. Eine Wahlentscheidung, die vor drei Jahren in Hamburg nicht möglich gewesen wäre.

Ein Antrag auf Änderung des tarifpolitischen Kurses liegt der Konferenz, die vertagt werden mußte, noch vor. — (gut)

Pflegemangel verschärft sich weiter

Heidelberg. An den Unikliniken (Ulm, Tübingen, Freiburg, Heidelberg) des Landes sind derzeit 430 Stellen im Pflegebereich nicht besetzt. Das sind 140 Stellen mehr als 1990. Vor allem mußten arbeitsaufwendige Intensivbetten (78) geschlossen werden. Am Heidelberger Klinikum sind derzeit 108 Betten stillgelegt. Trotzdem steigen die Überstunden bei den Beschäftigten weiter: Im ersten Halbjahr 1990 im Pflegebereich um 47 Prozent auf 28.000 (bezahlte Überstunden) und 64.000 Überstunden weisen die Ärzte für den Zeitraum aus. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst gab diese Zahlen auf eine Anfrage der SPD hin bekannt. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte daraufhin die Lohnpolitik der Landesregierung und fordert durchgreifende Einkommensverbesserungen. — (irs)

Protestaktionen der Postbeschäftigte

Stuttgart. Die Stuttgarter Bezirksverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft hat für Dienstag, den 12.3., an mehreren Dienststellen zu Warnstreiks zwischen 6.45 und 9 Uhr aufgerufen, um die Forderung nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung zu bekräftigen. Morgens fand eine Kundgebung vor der Hauptpost statt. Die Postgewerkschaft hält angesichts der Steuererhöhungen eine Prüfung der Forderungen für notwendig und fordert für die nächste Verhandlungs runde am 15.3. ein erheblich verbessertes Angebot. Ebenfalls für den 12. März hat die ÖTV-Betriebsgruppe der Beschäftigten am Krankenhaus Bad Cannstatt zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung aufgerufen. — (evc)



München. 14 Betriebe in Selbstverwaltung riefen am 6. März 1991 zu einer symbolischen Blockade der Börse auf, um „auf die Bedeutung wirtschaftlicher Interessen für den Krieg im Nahen Osten aufmerksam zu machen“. Für die bessere Verwertung des eingesetzten Kapitals und die Sicherung ihrer Vorherrschaft würden die sieben führenden Industrienationen Umweltzerstörung, Verelendung und Krieg, selbst Völkermord bewußt in Kauf nehmen. — (ecg)

Kesseltreiben gegen Golfkrieg-Gegner

Presse und Arbeitgeber wollen Widerstand im Gesundheitswesen ersticken

Soltau. Die Reaktion im Landkreis Soltau-Fallingbostel fürchtet eine Bewegung unter den Beschäftigten des Gesundheitsdienstes gegen deren Einbeziehung in die Militärmaschinerie. Gift und Galle spuckt sie in der lokalen Böh-

me-Zeitung gegen einen Krankenpfleger, der sich offen gegen die Einbeziehung des Gesundheitswesens in den Golfkrieg gewandt hat. Die Vertrauensleute der ÖTV in der ENDO-Klinik haben sich davon nicht beirren lassen.

ung dokumentiert, die gefälschten und originalen Leserbriefe veröffentlicht und der Beschuß des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV von 1984.

Der Gewerkschaftstag lehnt jede Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall ab, sagt bei Verweigerung den Mitgliedern Rechtshilfe und Unterstützung zu und ruft die Beschäftigten auf, ihr Wissen und Können in den Dienst der Kriegsverhütung zu stellen. Auch die Bezirksverwaltung Hamburg sagt Rechtshilfe zu, wenn Mitglieder die Zwangsverpflichtung verweigern. Sie wendet sich dagegen, daß der Krieg durch Anwendung der Notstandsgesetze im Gesundheitswesen führbar gemacht wird, warnt vor weiterer Verschlechterung der Patientenversorgung zugunsten der Kriegsmedizin und fordert die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen. Ähnlich die Bezirksverwaltung Niedersachsen. In einem Schreiben an Ministerpräsident Schröder wendet sie sich gegen Registrierung und Zwangsverpflichtung und kritisiert, daß „die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung schon jetzt von z.T. dramatischen Engpässen gekennzeichnet“ ist. — (las)

Kostentransparenz und die Folgen?

Heidelberg. Die Untersuchung im Rahmen des Modellversuchs „Leistungs- und Kostentransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung“ in zwei Städten über vier Jahre in Metall-, Nahrungsmitte-, Druck- und Handwerksbetrieben ergab: 80% der Fälle von Arbeitsunfähigkeit seien auf nur vier Krankheiten zurückzuführen; an der Spitze Krankheiten des Skeletts, der Muskulatur und des Bindegewebes, gefolgt von Krankheiten der Atmungsorgane. Weiter habe sich gezeigt, daß der Krankenstand der Facharbeiter geringer als der der ungelerten Arbeiter sei; noch geringer sei er bei Angestellten. Die Folge dieser Untersuchungen soll nun sein, daß Präventionsprogramme eingeleitet werden. Von einer Arbeitsplatzuntersuchung bzw. -umgestaltung bis zum Verbot bestimmter Arbeiten war nicht die Rede. — (irs, AGG)

Expo: VW-Vorstand hat ein „visionäres Verkehrskonzept“

Hannover. Die Expo-Macher sitzen in den Konzernetagen, hier herrscht die wahre Bürgerbeteiligung. Der VW-Konzern hat schon lange ein Vorstandsmitglied in das Expo-, Lenkungsgremium entsandt, um sich der „Verkehrssteuerung“ anzunehmen. Was der Konzern darunter versteht, macht Vorstandsmittel Goedevert auf dem Experten-Hearing zur Expo am 18.2. deutlich: Weltausstellung einer Region, nicht bloß einer Stadt; Schnellbahnen sollen die verschiedenen Ausstellungsorte miteinander verbinden, und die sollen vor allem in der ehemaligen DDR liegen. „In einer Stunde nach Leipzig: Und dort zeigen, was aus einer heruntergewirtschafteten Stadt mit unserem Engagement innerhalb von zehn Jahren geworden ist.“ Das könne dann auch ein „Demonstrationsobjekt für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt“ sein. Neokolonialismus? Falsch, das Motto heißt: „Mensch — Natur — Technik“. — (rec)

Manager der Sana-GmbH wird Katharinenhospital leiten

Stuttgart. Eine deutliche Gemeinderatsmehrheit aus CDU/Freien Wählern, FDP, einer SPD-Stadträtin und Rep beschloß am 21.2.91, daß die Privatversicherungsgesellschaft Sana-GmbH zunächst bis 1997 das Katharinenhospital leiten soll. Dem Manager werden bisherige Kompetenzen des Krankenhausausschusses des Gemeinderats übertragen, und er ist gegenüber der jetzigen dreiköpfigen Krankenhausleitung weisungsbefugt. Sein Jahresgehalt beträgt 250.000 DM, dazu kassiert die Sana bis zu 1,5 Mio., wenn das Defizit des Krankenhauses sinkt. Die Beschäftigten befürchten, daß auf ihre Kosten und die der Patienten gespart wird und Teilprivatisierungen folgen werden. — (evo)

Bosch baut Personal ab

Erhebliche Arbeitsverdichtung im indirekten Bereich

Stuttgart. Dienstag, 26. Februar 1991 vormittags, in einer der Entwicklungsbereiche bei Bosch in Feuerbach: Vor versammelter Mannschaft nennt der Abteilungsleiter die genaue Zahl des geplanten Personalabbaus. Ingenieure, Techniker und Facharbeiter, also hochqualifizierte Fachkräfte, seien bei Bosch überzählig. Tags darauf gehen die Abteilungsversammlungen in anderen Bereichen weiter. Vorgesetzte berichten, daß es ohne Entlassungen nicht gehen werde. Um circa 300 Beschäftigte solle im Werk Feuerbach der indirekte Bereich (Forschung, Entwicklung, Versuch, alle Angestellten, Werksinstanzhaltung, Lager usw.) verringert werden.

Zeitgleich veröffentlichten die Tageszeitungen eine Presseinformation der Robert Bosch GmbH, wonach bundesweit der Bosch-Autobereich um 1000 Beschäftigte verkleinert werden soll. Laut Presse gibt es noch keine konkreten Zahlen. Aber in Feuerbach machen die genauen Zahlenangaben schon die Runde.

Betriebsräte werden im Werk angesprochen und versichern, sie würfen nichts von den konkreten Auswirkungen des angekündigten Personalabbaus. Mehr als die Presseinformation ist ihnen nicht mitgeteilt worden. Detailpläne sind ihnen unbekannt. Am Freitag, den 1. März 1991, versammeln sich Facharbeiter aus der Werksinstanzsetzung des Lichtwerks zu einer Protestversammlung während der Arbeitszeit. Sie wollen den Betriebsrat sprechen und erfahren, was nun wirklich im Werk abläuft. Der Betriebsrat teilt ihnen mit, daß für das kommende Wochenende keine Überstunden vom Betriebsrat genehmigt werden sind. Diese Haltung findet Unterstützung. Viele Kolleginnen und Kollegen vertreten die Meinung, daß zuerst Überstunden abgebaut werden sollten, bevor über Entlassungen gesprochen wird.

Im Februar war in vielen Werkstätten noch samstags und sogar sonntags in der Nachschicht gearbeitet worden, um die geforderten Stückzahlen zu bringen. Seit Jahren hat die Robert Bosch GmbH Bilanzen vorgelegt, die die Konkurrenz neidisch machen. Und jetzt, im ersten Jahr eines verringerten Wachstums, wird schon geholt!

Es ist schon auffallend, daß beim Personalabbau zunächst „nur“ der indirekte Bereich und nicht die Produktion genannt wird. Dafür sollen Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaft beruhigt werden. Von Massenentlassungen könne natürlich keine Rede sein! Aber in der Arbeitswelt hat der Personalabbau schon seit einiger Zeit stattgefunden — durch Nichtersetzen der Fluktuation. In anderen Werken, wo Aufträge schnell erledigt werden müssen, hat das Personalbüro Produktionsarbeiter nur auf Zeit

eingestellt, so in Homburg (Saar) und Feuerbach. So verschafft sich der Konzern Personalpuffer, um je nach Auftragslage die Maschinen länger oder kürzer laufen zu lassen. Die Zumutungen an die Arbeiter, auch an die Stammbelegschaft, steigen dabei schnell an und rufen Widerstand hervor. Hier ein kleines Beispiel von größerer Bedeutung:

Im Lichtmaschinenwerk in Feuerbach hörten viele Dreischicht-Arbeiter Anfang Februar, daß sie voraussichtlich für acht Wochen in Zweischicht wechseln sollten wegen Auftragsstreichung. Namen der betroffenen Kollegen wurden aber nicht genannt. Kurz darauf erfuhren sie, daß ein Ausgleich für den Lohnverlust nicht gezahlt werde. Sie, die jahrelang ihre ganze persönliche Lebensführung und ihre Haushaltsplanung auf den Verdienst durch Dreischichtarbeit aufgebaut hatten, sollten von heute auf morgen die Schicht wechseln? Sie beschwerten sich bei der IG Metall, daß der Betriebsrat dem Schichtwechsel zugestimmt habe, ohne einen Lohnausgleich auszuhandeln. Daß der Betriebsrat zuerst entschieden und dann informiert habe. Mehrere wollten sogar aus Protest die Gewerkschaft verlassen. Daraufhin forderten Gewerkschaft und Betriebsrat auf, jeder solle die Bezahlung seines Lohnverlustes beim Personalbüro beantragen. Die IG Metall gab Rechtsschutz. Dem Schichtwechsel auf Kosten der Belegschaft müsse ein Riegel vorgeschnitten werden! Außerdem wollte die IG Metall die Probleme von Schichtwechsel auch tarifvertraglich angehen.

Welche Gründe sind für die Bosch-Geschäftsführung ausschlaggebend, solche Konflikte mit Arbeitern (Schichtwechsel) und Angestellten (Personalabbau) einzugehen? Warum wird im indirekten Bereich nicht auf den stillen Personalabbau gesetzt?

Bosch als weltweiter Zulieferer mit Monopolstellung in verschiedenen Bereichen wittert die herannahende Krise und setzt Zeichen. Die Firma will die Konkurrenz bei weltweiten Überkapazitäten aus dem Feld schlagen. Und die Konkurrenz sind nicht nur die Japaner (Nippondenso), Italiener (Marelli), Franzosen (Valeo) und Engländer (Lucas), sondern vor allem der Siemens-Konzern, der mit BMW gemeinsam Kapazitäten in der Motorelektrik aufgebaut und die Mercedes-Benz AG, die sich mit Hilfe von AEG und Dornier die notwendige Know-how besorgt hat.

Der Vernichtungswettbewerb mit den Autozulieferern ist ein Vorbote des Vernichtungskampfes unter den Auto-Fabriken. Was sich heute bei Bosch spielt, kann demnächst Realität bei Mercedes-Benz und anderen werden. Das Vorgehen von Bosch zeigt dabei, welcher Unverfrorenheit und Schärfe herrlich vorgegangen wird. — (dw)



Kohl. Bei einem bundesweiten Treffen der Ausländerbeauftragten von Bund, Länder und Gemeinden kritisierten sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum kommunalen Wahlrecht und forderten eine Verfassungsänderung, die ein kommunales Wahlrecht möglich macht. — (jöd, Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Kritik am Landesärztekreis wegen Sondermüllpolitik

Stuttgart. Der langjährige Präsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg, F.-J. Große-Ruyken, wurde von der Versammlung der Bezirksärztekammer Südbaden nicht mehr als Delegierter zur Landesversammlung gewählt. Damit kann er auch entgegen seiner ursprünglichen Absicht nicht mehr zum Präsidenten kandidieren. Als Auslöser seiner Nichtwahl wird sein Taktieren gegenüber der Sondermüllpolitik der Landesregierung vermutet. Die Bezirksärztekammer Südbaden hatte im vergangenen Jahr für die Landesversammlung eine Resolution beantragt, in der Sondermüllverbrennung als gesundheitlich bedenklich verurteilt wurde. Nach einem Brief von Umweltminister Vetter hatte Große-Ruyken eine entschärzte Fassung vorgelegt, die die Vertreterversammlung aber zurückwies. Anfang März brachte Große-Ruyken erneut einen Entwurf ein, der die Zustimmung des Umweltministers fand und in dem Sondermüllverbrennung für vertretbar gehalten wurde. Dies fand offensichtlich keine Zustimmung bei der Mehrheit der Ärzte in Südbaden. — (alk)

Landesregierung reformiert Orientierungsstufe

Hannover. Gegen den Protest rechter Lehrer- und Elternverbände hat der SPD-Kultusminister Wernstedt die Reform der Orientierungsstufe abgeschlossen. Danach entfällt die bisherige Leistungsdifferenzierung in Mathematik und Englisch in der 5. Klasse. In der 6. Klasse wird in der Regel in zwei statt in drei Leistungsgruppen differenziert. In Deutsch und Englisch wird je eine halbe Stunde weniger unterrichtet. In Welt- und Umweltkunde wird auch Sozialkunde unterrichtet. Schüler mit Latein oder Französisch als erster Fremdsprache bilden keine getrennten Klassen mehr. Der Philologenverband hat die Änderungen als einen „Totengesang für eine an der Individualität des Schülers orientierte Pädagogik“ angegriffen. — (ibm)

CDU-Landtagsfraktion hetzt gegen Bleiberechtsregelung

Hannover. In einer Anfrage vom August 1990, die Ende Februar 1991 im niedersächsischen Landtag behandelt wurde, hat die CDU versucht, die SPD gegen die Regelung einzunehmen. Demogisch tut sie so, als ob die Aussage von Minister Trittm (Die Grünen), die BRD sei ein Einwanderungsland geworden, die SPD zu dieser Regelung zwinge. Dem ist das niedersächsische Innenministerium in Beantwortung der Anfrage entgegengetreten mit der Aussage, daß „angesichts der großen Zahl von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft ... leben, diese in ihrer soziologischen Struktur einem Einwanderungsland gleicht“. In ihrer Anfrage hetzt die CDU wider besseres Wissen über verstärkten Zustrom von Ausländern. Dazu einige Zahlen aus ihrer Regierungszeit: 1989 (in Klammern: 1988): Aufnahmesoll des Landes: 10086 (11957), Anzahl der Asylanträge: 9871 (7397), Anzahl der rechtskräftigen Anerkennungen: 553 (303), Anzahl der rechtskräftig abgelehnten, aber geduldeten Antragsteller: 3445 (3215) — (bee)

Kultusministerin will Ausweitung der Eliteschulen

Stuttgart. Die neue Kultusministerin Schultz-Hector will die von Mayer-Vorfelder an zunächst vier Schulen im Land durchgesetzte verkürzte Schulzeit an Gymnasien ausweiten und wirbt für mehr Beteiligung. Die Kultusministerkonferenz im Herbst soll darüber beraten. Dies sei ein Angebot „nicht für hochbegabte, sondern für gut motivierte Schüler“. Grundschulgutachten und Aufnahmegerüchte („ich möchte nicht die punktuelle schriftliche Prüfung“) als Voraussetzung sollen die Elite frühzeitig an die Anforderungen für entsprechende Stellen gewöhnen, in der Oberstufe sind vier „Leistungsfächer“ Pflicht, Wiederholen einer Klasse ist ausgeschlossen. Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Warnung vor den Auswirkungen auf das Schulsystem bekräftigt. — (evc)

Anträge des Ausländerbeirats werden ignoriert

Hannover. Den Antrag des Ausländerbeirats, ihn über bevorstehende Abschreibungen zu informieren, damit eine Beratung der Betroffenen erfolgen kann, hat die Verwaltung gar nicht erst weitergeleitet, mit der Begründung, er überschreite die Kompetenzen des Gremiums. Zum Antrag, für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden, befand der Sozialausschuß, daß der Ausländerbeirat nicht das Recht habe, sich zu diesem Thema zu äußern. Der Ausländerbeirat protestierte mit einem Rundschreiben an Stadträte und Verwaltung. — (rec)

„Nicht wohnungsfähige Problemgruppen“

Hannover. Die Zahl der Wohnunglosen wird in Niedersachsen auf 80 000 geschätzt, sogenannte Obdachlosenunterkünfte gibt es für 1600 Personen. Während die SPD immerhin im Februar mit der Einführung einer Zweckentfremdungsverordnung in 18 zusätzlichen Städten die Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum verhindern will, sowie durch Belegrechte 19 Städten und drei Gemeinden die Möglichkeit gibt, durch Land und Bund subventionierte Wohnungen an Leute mit B-Schein zu vermieten, zielt die Politik der niedersächsischen CDU in eine andere Richtung. In demagogischer Weise (die Landesregierung tätigt nichts, die CDU müsse nun die Obdachlosen vor dem Erfrierungsstod retten) nimmt sie sich des Themas an. Bei näherem Hinsehen handelt es sich um den Versuch, die Zunahme der Wohnunglosigkeit zu kanalisieren und zu kontrollieren: Erhöhter Einsatz von „haupt- und nebenamtlich tätigem Obdachlosen-Betreuungspersonal“ und „ein ... abgestimmtes Konzept von Maßnahmen zur weitestgehenden Verhinderung der Konzentration von Obdachlosen in den städtischen Ballungsräumen“. (Antrag der CDU im nds. Landtag, 30.1.) Was diese Reaktionen davon halten, den Leuten schlicht mit einer Wohnung zu helfen, wurde auf einer Fachtagung der CDU-Landtagsfraktion am 26.2. deutlich. Dort sagte ein Vertreter des Verbandes Niedersächsisch-Bremischer Wohnungsunternehmen, Hauseigentümer seien verpflichtet, an die Mietergemeinschaft zu denken, es gäbe auch „nicht wohnungsfähige Problemgruppen“. — (rec)

Kein sozialer Kahlschlag!

Zentralisierung von Geldern und Wirtschaftsförderung auf Kosten der einfachen Leute

Essen. Bereits vor vier Jahren, drohte der Regierungspräsident als zuständige Aufsichtsbehörde dem Rat der Stadt Essen mit der Einsetzung eines „Sparkommissars“ nach der Gemeindeordnung. Damals, 1987, wies der Entwurf des Verwaltungshaushalts ein Defizit von 150 Mio. DM aus. Drastische Haushaltsskürzungen vor allem im Bereich der freiwilligen Sozialeistungen der Stadt waren die Folge. Der Haushalt wurde vom Regierungspräsidenten erst genehmigt, nachdem der Stadtrat ein „Konsolidierungskonzept“ beschloß, das einen Abbau der Defizite bis 1993 vorsah.

Nachdem in den folgenden Jahren — trotz Demonstrationen von bis zu 10 000 Leuten — weitere Kürzungen durchgesetzt wurden, hat sich die Situation in diesem Jahr erneut zugespitzt. 52,4 Mio. DM Defizit wies der Haushaltsentwurf 1991 im Oktober letzten Jahres aus, eine Summe, die gerade noch im Rahmen des Genehmigten lag. Seit Ende Dezember ist von einem zu erwartenden Defizit von insgesamt rund 110 Mio. DM die Rede. Prompt legte der Kämmerer ein Konzept vor, nach dem rund 30 Mio. DM durch Erhöhungen von Einnahmen holt werden sollen und weitere 30 Mio. DM durch Streichungen, die für viele soziale Einrichtungen das Aus bedeutet hätten.

Das zusätzliche Defizit hat nur teilweise örtliche Ursachen. So hatte der Kämmerer die Personalkosten mit einer Steigerungsrate von ganzen 3% offensichtlich bewußt zu niedrig angesetzt, gleichzeitig sind z.B. die Kosten für Arbeitsanstrengungen um ein Vielfaches gestiegen. Ein größerer Teil des Defizits ist ein Ergebnis von Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene, die zur Zentralisierung von Geldern führen.

So sieht der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 für die Stadt Essen allein Mindereinnahmen von rund 25 Mio. DM gegenüber dem Ansatz vor. Die Gewerbesteuersumme wurde aus dem Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden herausgenommen und der Verteilungsschlüssel für die Zuweisungen geändert. Hinzu kommen rund 10 Mio. DM zusätzlich an den Landschaftsverband Rheinland.

Hinter diesen Maßnahmen der Landesregierung steht wiederum eine Zentralisierung von Geldern auf Bundesebene, nicht zuletzt für die als „Hilfsmittel“ getarnte Kolonialisierung der ehemaligen DDR. Nach Angaben des Landesfinanzministers steuert das Land allein 1991 2,4 Mrd. DM zum Fonds „Deutsche Einheit“ bei. Die dafür nötige Verschuldung belastet den Landshaushalt in diesem Jahr mit 152 Mio. DM. Hinzu kommen 70 Mio. DM für zusätzliches Personal für den Verwaltungsumbau vor allem im NRW-Partnerland Brandenburg und 89,9 Mio. DM für weitere „Hilfen“ an die Länder der ehemaligen DDR. Durch die Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung im Einigungsvertrag werden das Land und die Gemeinden in NRW 1991 außerdem

rund 199 Mio. DM weniger einnehmen. Diese Kosten sollen vor allem auf die einfachen Leute abgewälzt werden. Während die meisten Straßenbauprojekte von der Streichliste des Kämmerers ebensowenig betroffen waren, wie die Gelder für das Technologiezentrum ETEC, die Messe und andere Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, sollte im Jugend-, Sozial- und Kulturhaushalt quer Beet gestrichen werden. Kinderhilfemaßnahmen, der „Freizeitpaß“ für arbeitslose Jugendliche, die Jugendbeihilfe des Stadtsportbundes, die Arbeit ausländischer Vereine und das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ waren ebenso in ihrer Existenz bedroht wie die alternative Kulturszene. Die Zuschüsse für die Theater und Philharmonie GmbH von allein 55,5 Mio. DM sollten völlig unangetastet bleiben — sie fließen zu einem großen Teil in das Aalto Theater, einen erst vor zwei Jahren fertiggestellten Renommierbau für reichere Leute aus dem ganzen Ruhrgebiet.

Unter dem Eindruck von Protesten legte der Stadtrat die Streichliste des Kämmerers auf seiner Januar-Sitzung erst einmal auf Eis. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und sogar der CDU setzte er eine vorläufige Haushaltsführung entsprechend dem alten Entwurf ein. Dieser Beschuß wurde vom Oberstadtdirektor jedoch beanstandet und außer Kraft gesetzt, weil er keine Deckungsvorschläge enthielt. Der Kämmerer führte den Haushalt daraufhin mehrere Wochen vorläufig auf Grundlage seiner Streichliste.

Erst auf einer von den Grünen beantragten Sonderausschusssitzung am 13.2. wurde dieser Zustand beendet. Von der SPD-Mehrheit wurden die meisten Haushaltsposten in die vorläufige Haushaltsführung wieder eingesetzt, stattdessen wurden zahlreiche Haushaltsposten pauschal um 15% gekürzt. Trotz aller Kritik an der Verwaltungsspitze ermöglichte die SPD-Mehrheit den Kämmerer auch noch, falls notwendig wieder

eigene Kürzungen vorzunehmen. Am 20.3. soll der Haushalt endgültig verabschiedet werden. Bisher ist unklar, wie sich die jetzige Beschußlage auswirkt und wie die Haushaltssdeckung erreicht werden soll. CDU und FDP nutzen die Gunst der Stunde und fordern weitere Privatisierungsmaßnahmen. Die Umwandlung des Amtes für Wirtschaftsförderung in eine GmbH mit Beteiligung der großen Essener Konzerne beschloß der Rat bereits im Januar. Jetzt schließen sich CDU und FDP auf die Müllabfuhr ein. Die Grünen treten weiter für die Rücknahme der meisten geplanten Kürzungen im sozialen Bereich ein und verlangen stattdessen die Erhöhung der Gewerbesteuer und die Kürzung der Zuschüsse für die Messe, das ETEC und das Theater.

Vor allem die ÖTV und alternative Projekte wollen weiter Widerstand organisieren. Am 14.3. findet eine außerordentliche Personalversammlung statt. Die Situation ist jedoch schwierig, weil die großen Wohlfahrtverbände wie die Arbeiterwohlfahrt aus der Front gegen die Kürzungen ausgeschert sind. Die Rücknahme eines Teils der Kürzungen hat hier ebenso gewirkt wie der scheinbare Zwang der Verhältnisse.

Vielelleicht könnte es etwas helfen, ein paar Fakten über die Ursachen der Kürzungen zu verbreiten. Die Kritik am Ausbluten der Kommunen und an der Umverteilung des kommunalen Haushalts zugunsten der Ausgaben für Kapitalisten muß gestärkt werden. Hier liegt eine Aufgabe gerade für die sozialistischen Kräfte, die sich bisher aus der Auseinandersetzung weitgehend herausgehalten haben. Dadurch würde zumindest der Widerstand gegen die schon angekündigte Fortsetzung des sozialen Kahlschlags im nächsten Jahr gestärkt. Quellenhinweis: Entwurf des Haushaltspolitischen Ausschusses der Stadt Essen 1991; „Streichliste“ des Stadtkämmerers; Landtagsprotokoll vom 14.12.1991; Interview mit den Grünen in „Lokalbericht Essen“ Nr. 4/91 — (wof)



Rund 1000 Leute demonstrierten am 23.1. zur Ratssitzung, um gegen die Kürzungen im Sozialbereich zu protestieren. Aufgerufen hatten Arbeitskreis Jugend, der Ausländerbeirat, ÖTV und zahlreiche Vereine und Verbände. Weitere Aktionen sind geplant.

Bürgerentscheid soll Kongresszentrum verhindern

Freiburg: Schwierigere Bedingungen als 1988/Grüne gehen teilweise auf Distanz

Freiburg. Die BI gegen die KTS, unterstützt v.a. durch die Linke Liste/Friedensliste und die Grünen, versucht derzeit erneut, durch eine Unterschriftensammlung einen Bürgerentscheid gegen den von der Stadt und der Mehrheit des Gemeinderats beschlossenen Bau der Kultur- und Tagungsstätte durchzusetzen. 1988 hatten sich über 36 000 Wahlberechtigte in einem von der BI initiierten Bürgerentscheid gegen den Bau der KTS ausgesprochen. Damals war das durch die Gemeindeordnung vorgeschriebene Quorum von 30% der Wahlberechtigten, die an einem Bürgerentscheid teilnehmen müssen, knapp verfehlt worden. Stadtverwaltung und Mehrheit des Gemeinderats beharrten dann auf dem Bau der KTS.

Das Projekt sollte damals mit Kosten von maximal 90 Mio. DM gebaut werden. Inzwischen liegen die Kalkulationen der Stadt bei 133,8 Mio. DM; die jährlichen Folgekosten sollen 6-10 Mio. DM betragen. Hinzu kommen Kosten von ca. 15 Mio. DM für den notwendigen Abriss eines Hotels sowie die Verlagerung von kleinen Gewerbebetrieben.

„Die KTS würde einen brutalen Eingriff in das Sedanquartier bedeuten“, schreibt die BI gegen die KTS in einem Flugblatt. „Sanieren“ nennt das die Stadt. Aber wer saniert sich da? Preiswerte Wohnraum wird umgewandelt in teure Appartements und Büros! Die Mieten werden steigen, wirtschaftlich Schwache werden verdrängt ... Die Altstadt platzt jetzt schon aus den Nähten.“ Die KTS steht im Zusammenhang mit der v.a. von OB Böhme verfolgten Politik des Ausbaus Freiburgs zum Oberzentrum in Südbaden. In dieses Konzept gehörten u.a. auch der vom Gemeinderat beschlossene vierstöckige Ausbau der sog. Bahnhofsachse an KTS und Bahnhof vorbei sowie der völlige Neubau des Bahnhofs. Die Gegner der KTS weisen insbesondere darauf hin, daß durch die immensen Summen für diese Projekte notwendige öffentliche Investitionen v.a. im Wohnungsbau und in der Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs zur Verhinderung von drastischen Fahrpreiserhöhungen verhindert werden. So beabsichtigt die Stadt offenbar nicht, die Gemeinnützigkeit

keit der Siedlungsgesellschaft freiwillig fortzuführen. Immense Mietsteigerungen werden die Folge sein. Fahrpreiserhöhungen sind bereits angekündigt.

Die Verhinderung der KTS wird schwierig. Die BI steht auf dem Standpunkt, daß die immense Kostensteigerung für die KTS sowie grundlegende Änderungen in der Planung selbst rechtlich einen neuen Bürgerentscheid zuläßt; die Stadt hat in einem Rechtsgutachten vertreten, daß dies nicht zulässig sei, weil es sich um dasselbe Projekt wie 1988 handelt und ein Bürgerentscheid erst drei Jahre nach Ablauf des letzten Bürgerentscheids möglich sei, also im August 1991. Der Antrag der Gemeinderätin der Linken Liste/Friedensliste, Inge Tritz, der Gemeinderat solle selbst einen Bürgerentscheid beschließen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zudem haben die Grünen erklärt, sie würden die Unterschriftensammlung zwar unterstützen, eine eventuelle Klage vor dem Verwaltungsgericht aber nicht. Bis zum 9.3. waren ca. 3-4000 von notwendigen 12000 Unterschriften gesammelt. — (ulb)

„Überwältigte Vergangenheit“

Diskussionsbeitrag aus der Radikalen Linken München/Deutsche Intellektuelle: Der lange Marsch von einigen Achtundsechzigern zu Kriegstreibern

Der französische Philosoph A. Glucksmann und die „Libération“ — die französische „taz“ — waren in den achtziger Jahren die Schriftsteller des nationalen Konsenses in Frankreich. Etwas verspätet tritt die Intelligenzmafia hier in dieselbe Spur: Die Kriegshetzer von „taz“ und „Konkret“, die Enzensbergers, Biermanns, Wallrafs.

Glucksmann, auch ein früherer 68er, setzte Anfang der achtziger Jahre die Sowjetunion mit Nazi-Deutschland gleich und legitimierte so einen Angriffskrieg gegenüber der Sowjetunion, durchaus auch führbar mit Atomwaffen. So stellte er sich voll auf die Seite der USA, als es um die Stationierung der Atomraketen in der BRD ging, und fiel der Friedensbewegung hierzulande offen in den Rücken.

Damals forderte Caspar Weinberger „die letzte Schlacht, falls die Sowjetunion nicht mit einem Winseln klein beigegeben“. Nun, die Sowjetunion hat diese letzte Schlacht nicht geschlagen und winselnd klein beigegeben. Insofern ist die Nato in der Tat „das erfolgreichste Militärbündnis aller Zeiten“.

Hierzulande gab es eine breite Friedensbewegung gegen die Atomraketen. Diese sind zwar aufgestellt und dann wieder abgeräumt worden — für den Preis, daß die Warschauer-Pakt-Staaten kapituliert haben, die Sowjetunion zusammengebrochen ist und schließlich auch die DDR. Es ist leider eine Tatsache, daß immer größere Teile der Friedensbewegung der achtziger Jahre dem Druck der herrschenden Kreise nachgaben und für eine Aufhebung der Nachkriegsordnung von Jalta und eine Neuordnung Europas eintraten und damit, ob sie es so meinten oder nicht, den Zielen des BRD-Imperialismus zuarbeiteten. Schon damals wurde der Friedensbewegung massiv Antiamerikanismus, Einseitigkeit und Appeasement vorgeworfen. Innenminister Zimmermann forderte: „Wer gegen den Westen demonstriert, muß auch gegen den Osten demonstrieren.“ Und H. Geißlers infamer Ausspruch „Erst der Pazifismus hat Auschwitz ermöglicht“ machte die Kriegsgegner zu Kriegsschuldigen und Kriegstreibern.

Wir sehen, die Kriegstöne von Biermann bis Konrad Weiß sind nicht neu. Neu ist nur, daß sie jetzt aus den „eigenen“ Reihen kommen. O-Ton Biermann: „Damit wir uns richtig misverstehen: ich bin für diesen Krieg am Golf.“ Und K. Weiß bezeichnet die Massenbombardements gegen den Irak als so „etwas wie eine Zwangsauslösung“ („AK“ 327) Die Personen, die Staaten sind beliebig austauschbar: Heute ist Saddam der neue Hitler — Stalin paßt nicht so ins Konzept, weil er ja mit den USA als Alliierter gegen Hitler kämpfte — und das neue Reich des Bösen hat die Sowjetunion freundlicherweise an den Irak weitergegeben. Es ist ein Trauerspiel, daß die Forderungen der Friedensbewegung („Auflösung der Militärblöcke von Nato und Warschauer Pakt“) von der Geschichte einseitig eingelöst worden sind, die die Neuordnung Europas ganz in die Hände des neuen wiedervereinigten Deutschlands gibt und es so im Nachhinein zu dem späten, aber endgültigen Sieger des Zweiten Weltkriegs macht. Da hilft die späte Einsicht: Das haben wir so nicht gewollt, auch nichts mehr. Leider ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts nicht die Nato geschwacht, der Friede sicherer geworden. Ja, im Gegen teil, der Krieg ist wieder möglich, führbar und gewinnbar geworden. Die Message der achtziger Jahre: „victory is possible“ ist jetzt am Golf in tragischer Weise in Erfüllung gegangen. Führende intellektuelle Köpfe der Friedensbewegung der achtziger Jahre haben somit — zumindest objektiv — das Spiel der Reaktion gespielt.

Der Historiker-Streit: Die Gleichung Hitler = Saddam wird vorbereitet

1985, vierzig Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, findet es die BRD an der Zeit, endlich einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen. Kanzler Kohl besucht mit US-Präsident Reagan — die USA hat uns ja vom bösen Hitler befreit — die SS-Gräber auf dem Soldatenfriedhof Bitburg: Die SS soll damit vor aller Welt rehabilitiert werden. An der Propagandafront

wirken die Historiker M. Stürmer, Nolte, Hillgruber etc. an einer „wissenschaftlich fundierten“ Entsorgung des Hitlerfaschismus mit. (Besonders Ernst Nolte hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren durch seine ausführlichen Faschismusstudien einen Namen gemacht. Jetzt aber wird völlig unhistorisch die Einmaligkeit industrieller Massenvernichtung in KZs gelegnet, die „Vertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten dagegen aufgerechnet und der Holocaust so relativiert: Hitlers gab's und gibt's viele auf der Welt, der Hitlerfaschismus ist keine Besonderheit des Dritten Reiches und Verbrechen gibt's überall. Das sind die Vorgaben, die jetzt von der „linken“ Kriegsallianz aufgegriffen und — aktualisiert auf den „Satan“ Saddam — breit unters Volk getragen werden. Für Enzensberger „trifft es das Wesen der Sache, wenn von einem Saddam Hussein die Rede als eines Nachfolgers Hitlers ist“. Hitler und das NS-Regime werden x-beliebig, ein Hitler ist da, „wenn Völker ihn herbewünschen“ (Enzensberger).

die Qualität eines Trabis noch geteilter Ansicht sein, war man es bis dato über die DDR-Literatur nicht: Ob Christa Wolf oder Heiner Müller, ob Irmtraud Morgner oder Volker Braun — die DDR-Literatur hatte Weltruf. Auch von der Quantität her gab es in der DDR wesentlich mehr Autoren als in der Bundesrepublik — und vor allem Autorinnen. Nicht von ungefähr wählte man sich als Opfer Christa Wolf aus und schlug so drei Fliegen mit einer Klappe: Die berühmte Schriftstellerin, die undogmatische Sozialistin und die spätestens seit ihrem „Kassandra“-Roman auch feministisch engagierte Frau. Kein Stein durfte auf dem anderen bleiben in der DDR, mit Trabi und VEB mußten auch die Kulturschaffenden verschwinden.

Mit der Kampagne gegen Christa Wolf und andere AutorInnen sollte der Bevölkerung der DDR ihre historische und kulturelle Identität genommen, das geistige Rückgrat gebrochen werden. Bücher brannten tonnenweise. Nicht spektakulär, von markigen Sprüchen begleitet. Ganz unauffällig schlossen

darf nicht mehr getraut werden und auch nicht über die Unfähigkeit zu traurern. So wundert es nicht, daß Ernst Jünger sowohl beim Historiker- wie beim Literaturstreit eine wichtige Rolle spielt. Derselbe Frank Schirrmacher, der sich in der „FAZ“ durch seine verleumderischen Eskapaden gegen Christa Wolf hervortat, monierte, daß sich die Ablehnung seines Lieblings Ernst Jünger „moralisch und politisch gebärdet“. Er scheint sich ein Lesepublikum zu wünschen, daß sich bei pathetischen Schilderungen von blutrünstigen Schlachten weder moralisch noch politisch empört, sondern sich an einem Begriff wie „blitzende Klingen“ ergötzt, weil er mit seinen „i“s und „n“s so melodisch-ästhetisch schwingt.

Die Intellektuellenhetze findet inzwischen längst nicht mehr nur in den Feuilletons von „Zeit“ und „FAZ“ statt. Zum 9. November 1990 brachte die zum Springerkonzern gehörende Berliner Boulevardzeitung „BZ“ in ganzseitiger greller Aufmachung: „Deutschlands Intellektuelle stehen in der Ecke ... Sie

konnte die Friedensbewegung auf Schnelle wenig entgegensehen. Das „in der öffentlichen Meinung einen Schwung bewirkt, wie man ihn dramatischer und schneller selten erlebt“ konstatiert die „FAZ“ vom 31. 1. Gedie in der spontan entstandenen Schiebewegung mußte der Vorwurf, zur schockierend wirken. Sind doch genug Jugendliche in Sachen NS-Vergangenheit, Holocaust, Neo-Nazi besensibilisiert. Es ist kein Zufall, daß an den Montagsdemos Parolen wie „USA — Internationale Völkermordzentrale“ immer seltener wurden.

Auch in der altlinken Szene verbergen sich unmerklich die Schwerpunkte. Die logistische und moralisch-propagandistische Unterstützung der USA durch die BRD rückte in den Hintergrund. Während zu Beginn des Kriegs noch Blockadeaktionen wie z.B. in Bremerhaven stattfanden, ließen sie schnell nach — nur in Österreich wurde noch die Gleise blockiert. Es ist immer richtig zu sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land, deutsche Truppen raus aus der Türkei, aber man sollte nicht unter den Tisch fallen lassen, daß die USA kein Papptiger sind und daß dieser Krieg zuallererst ein US-Krieg um die absolute Vormacht in der Welt ist. Da die andere Akzentuierung auch den massiven Druck der öffentlichen Meinung geschuldet ist, ist zumindest nicht auszuschließen.

„Cultura pacifoidae“

Sozi-Chef Benito Craxi bringt es auf den Punkt: Er stempelt den Pazifismus zur „Cultura pacifoidae... Die Assoziation zu faschistoid soll vollzogen werden Rechts = links, faschistisch = antifaschistisch ... Hier wird die Gleichsetzung Hitler = Saddam, das Israelsyndrom, Appeasement und der Pazifismus, der erst Auschwitz ermöglicht hat, griffig demagogisch zu einem Schlagwort zusammengefaßt. Denn, so die Assoziationskette: Wer gegen die USA ist, die einen gerechten, ja antiimperialistischen Kampf gegen den größten Weltdiktator führt, der Israel zu vernichten droht, der ist kein Antimperialist, der ist ein Faschist. Wie ist die „Linke“ auf den Hund gekommen? Nach diesem Strickmuster, das in den achtziger Jahren von H. Geißler vorgegeben wurde stricken die Enzensbergers, die Biermanns und und und.

„Nicht der Pazifismus, sondern das Bekennen zum Krieg fällt auf“, konstatiert Gunther Hofmann in der „Zeit“ und er fährt fort: „In dieser Kontroverse an der Heimatfront fällt auf, in welchen Maße ein Teil der Intellektuellen die Positionen gewechselt hat. Sie sind es, die erregter als die FAZ den Friedensfundamentalismus geißeln oder die präzisen starke Friedfertigkeit unserer Meisterschmiede. Sie enttarnen lauter als die Regierenden den Antiamerikanismus und den Pazifismus der Appeller. Der „Hauptfeind“, zürnt der Kabarettist Matthias Beltz, seien die Gefülsduselei und die Angstliebe im eigenen Land. Statt der Pazifisten sind die bekennenden Bellizisten zum eigentümlichen Phänomen in der deutschen Debatten geworden.“ („Zeit“, 15. 2. 91)

Der „hilflose Pazifismus“, die Kästen und weißen Tücher sind nicht mehr gefragt. Gefragt, gefordert ist Partnahme, Bekennertum, Einsatz, aber nicht für den Frieden, sondern für Mord, Totschlag und Krieg. Selbst so Besonnener wie G. Wallraf kann nicht absieben und schwingt sich auf zum Rächer für Bagdad, ist für den Tyrannenmord, aber nicht an Bush, sondern an Obersatan Saddam. „Es kann Wege gefunden werden müssen. Saddam zu besiegen.“ Solte er das lieber nicht dem CIA überlassen??

Die Kriegsallianz der „Linksintelligenz“

Egal, aus welchen Gründen auch immer Hunderttausende in der BRD und DDR gegen den Krieg auf die Straße gingen — aus Betroffenheit, Angst, Wut oder Haß —, es gab einen gemeinsamen Nenner: Ein Gewaltakt wie die Besetzung Kuweits rechtfertigt keinen noch größeren Gewaltakt — geschweige denn einen Vernichtungskrieg gegen den Irak. Die Verurteilung der US-Aggression, die Verurteilung des Kriegs als solchen, seine Beendigung mit dem Rückzug aller Truppen waren die allgemeinen Forderungen. Die Demos waren im Vergleich zu Frankreich oder gar Großbritannien machtvoll und angesichts des desolaten Zustands der Linken eher überraschend. Dann setzte eine ungeheuer massive Presse- und TV-Medien Schlacht ein, die an Desorientierung und Desinformation kaum übertragen werden konnte. Der öffentlichen Verurteilungskampagne, die von Vorwürfen des Antiamerikanismus, des Antisemitismus, des Appeasement bis zu Kriegstreibern reichten,



Von der Kampagne gegen Christa Wolf bis zur Verteufelung der Gesinnungsästhetik

Ging es im Historikerstreit vorrangig um die „Entsorgung“ der NS-Vergangenheit, so sollte jetzt exemplarisch an Christa Wolf das Fortschrittliche an der DDR-Kultur gebrandmarkt werden und so vom „Makel“ des Sozialismus „befreit“ werden.

Waren es in den siebziger Jahren noch herrschende Politiker wie F. J. Strauß, die zum Halali auf „Ratten und Schmeißfliegen“ bliesen, so hatten sie es nach der „Wende“ nicht mehr nötig: Ehemalige liberale bis linke Intellektuelle selbst übernahmen das Geschäft, traten die Nachfolge eines Glucksmann im Kulturbereich an und stachelten zur Hexenjagd gegen Christa Wolf und andere DDR-Autorinnen und Autoren auf.

Spätestens ein halbes Jahr nach Öffnung der Mauer war es mit der Schonzeit für die DDR-Intellektuellen vorbei: Hatten die Westmedien Christa Wolf, Stefan Heym u.a. noch im Herbst 1989 als mit-bahnbrechend bei der sog. Revolution gefeiert, so markierte das Erscheinen von Christa Wolfs „Was bleibt“ die Wende. Christa Wolf, Inhaberin zahlreicher westdeutscher Preise und Auszeichnungen, wurde plötzlich zur „Staatsdichterin“ der DDR erklärt, taugte als „Studie für einen autoritären Charakter“, sei im übrigen „weit überschätzt“ worden und eine „mäßige, weinerliche Schriftstellerin“. Waren diese Anwürfe von einem Reich-Ranicki gekommen, der in reaktionärer Macho-Manier Christa Wolf schon früher als „Ziege“ beschimpft hatte — niemand hätte es gewundert. Neu war, daß sich bei der Hexenjagd die Feuilletonisten von „Zeit“, „Spiegel“ und „Stern“ besonders hervortaten. Konnte man über

Volks- und Betriebsbüchereien, wurde das Inventar auf Lastwagen geschafft und auf Mülldeponien verbrannt. Die Buchläden wechselten ihre Bestände aus, containerweise wurde die DDR-Literatur eingestampft. Wer heute in Ostberlin oder Leipzig ein in der DDR erschienenes Buch sucht, sucht eine Nadel im Heuhaufen der bunten, glitzernden Heyne- oder Goldmann-Titel.

Nicht nur die Literatur wurde zum Abschüß freigegeben. Es folgten die bildenden KünstlerInnen, die SchauspielerInnen, die Filmschaffenden, die KabarettistInnen, die JournalistInnen, die LektorInnen, die WissenschaftlerInnen, das Universitätspersonal usw. usw. Das Johannes-R.-Becher-Institut, die einzige „Literaturschule“ der Welt, wurde abgewickelt, sprich liquidiert, andere Institute, Akademien usw. folgten und folgten.

Aber die westdeutsche Journaille von „Zeit“ bis „Spiegel“ hatte immer noch nicht genug. Ehemalige Linksliberale wie Ulrich Greiner weiteten den Literaturstreit auch auf die Bundesrepublik aus. Das neue Stichwort: „Gesinnungsästhetik“. Der Bannstrahl trifft seit neuestem die Nachkriegsliteratur der „Gruppe 47“, alle von Auschwitz oder der Atombombe, vom „heißen Herbst“ oder den Problemen der dritten Welt erschütterte Literatur. Gemeint sind Heinrich Böll ebenso wie Günther Grass, Luise Rinser ebenso wie Elfriede Jelinek. Greiner: Die Gesinnungsästhetik ist ein „grandioses Mißverständnis. Vierzig Jahre haben wir gebraucht, das zu begreifen.“ Und: „Die Literaturen der DDR und der Bundesrepublik sind zum Rückblick freigegeben.“ Meint er „Rückblick“ — oder „Abschüß“? Der Historikerstreit der achtziger Jahre findet im Literaturstreit der neunziger Jahre seine Fortsetzung. Über Auschwitz

Wenn Krieg wieder führbar, wenn „Victory is possible“, dann muß an der Heimatfront moralisch Kriegseinsatz aufgerüstet werden. Dies schmutzige Geschäft zur Verführung Jugendlicher zum Helden Tod und zum Patriotismus besorgen die abgehalft Typen und Machos aus der Literaturzunft. Stamm sein, Kriegsbereitschaft gehört auf die Tagesordnung gesetzte Parlamentiert die „FAZ“: „Ist die Bundeswehr einsatzfähig? Muß sie dazu rennen, daß ihre Soldaten in hellen Schu

FRIEDENSPOLITIK

FRIEDENSPOLITIK

KRIEGSPOLITIK

KRIEGSPOLITIK



... vorlaufen, sobald die Nato den Bündnisfall feststellt?"

Nein. Biermann, Enzensberger und Co. werden schon dafür sorgen, daß es nicht so weit kommt. Der Männlichkeitswahn triumphiert. Alles was nicht männlich ist, ist feig, schlaff. Die Schlappschwänze, die Softies, die Spätapostles, die Angsthaber, die Drückeberger, die Verweigerer sind die Zielscheibe des Spotts solcher Typen wie Biermann oder Pohrt. Entwürdigend werden Gefühle wie Angst, Trauer, Friedensliebe — mag sie noch so naiv sein — in den Dreck gezogen: „Der Sadismus piepsstunniger Erzieherinnen, Lehrerinnen und Mütter...“ („Obermacho“, W. Pohrt in „Konkret“) Man fühlt sich in das „Stahlgewitter“ eines E. Jünger versetzt.

Dulce et decorum est pro patriam moriri

Süß ist es, fürs Vaterland zu sterben, das soll in die Hirne rein. Diesmal noch nicht für Deutschland, aber für Israel gegen den Satan aller Satane. (Sollen doch die Enzensbergers ihren Kopf im Wüstensturm selber hinhalten, für einen Krieg, den Shamir als einen „Krieg de luxe“ für Israel bezeichnet!) Da sich die BRD selbst aus imperialen Gründen bei diesem Krieg zurückgehalten hat, kann die Mobilmachung in den Hirnen nur ein Probelauf für zukünftige Kriege sein, dann nämlich, wenn der Ruf „Germans to the front“ vom Kanzler persönlich kommt. Die BRD hätte ja jetzt keinen Grund gehabt, so den „hilflosen“ Pazifismus zu attackieren, wenn sie nicht demnächst eine cultura bellica braucht. Sie hätte ja sehr wohl die Friedensbewegung instrumentalisieren können, um ihre bedeckte Haltung im Golfkrieg gegenüber dem Ausland zu rechtfertigen. Die coole Haltung vom Kohl: „Wer den Krieg anfängt, der muß auch sehen, was dabei herauskommt“ („Zeit“, Nr. 8/91) steht im komischen Widerspruch zur Kriegsallianz ehemaliger Linker, jetziger Umfaller und Frontwechsler.

„Der Chor, dessen Stimmen sich so auffallend ähneln, ist inzwischen aber sehr groß. Enzensberger zählt dazu und Wolfgram Schütte, Cora Stephan und Ulrich Beck, Detlef Clausen und Jörg Friedrich, Klaus Hartung und Udo Knapp, Claus Leggewie und Micha Brumlik, Matthias Beltz, Albert Sellner und Hans-Ulrich Klose. Täglich werden es mehr. (z.B. „Konkret“, d. Verf.) Dabei sind die nicht mitgerechnet, die im Namen ihrer Historikerzunft Solidaritätsadressen gegenüber Israel abgeben und daran erinnern, daß Amerika auch Hitler-Deutschland befreit habe. Dazu gehören

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.
- im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- Zahl nach Rechnungserhalt.

Fritz Fischer und Eberhard Jäckel, Karl-Dietrich Bracher und Hans Mommsen, Hans-Ulrich Wehler und 140 andere Hochschullehrer.“ (G. Hofmann, s.o.) Die Anklageliste ist lang.

Der Anteilperialismus auf der Anklagebank

Jetzt, nach dem Sieg des Westens über das SU-Reich, dem Sieg über Nicaragua und jetzt nach dem Triumph über die arabische Welt darf es keine Nische mehr für den Kampf gegen den Imperialismus weltweit geben. Die Hegemonie des weißen Mannes, des weißen Westens über die restliche Welt muß total sein. Ph. Reemtsma räsonnierte bereits im Dezemberheft der „Konkret“: „Nehmen wir die Vorbereitungen der USA zu einem Krieg am Golf. Eine imperialistische Aggression? Sicherlich. Wäre also die Parole: Amis raus aus Saudi-arabien! ... An der Parole ist unbehaglich, daß man nicht recht weiß, was man — abgesehen davon, daß es nicht zum Krieg kommen möge — den Einwohnern der betreffenden Region wünschen möchte: von den USA oder von Saddam dominiert zu werden. Ich persönlich zöge ... die erste Möglichkeit vor ... Die Wirklichkeit macht uns kein überzeugendes Angebot, Bush oder Saddam zum Guten zu erklären.“ Wenn man auch nicht für Saddam ist, kann man doch ruhigen Gewissens gegen Bush sein — sollte man meinen. Aber weit gefehlt! Angelika Prömm trifft ins Schwarze, wenn sie in der „SoZ“ schreibt: „Muß denn das Gute Voraussetzung sein, sich nicht auf die Seite der Verbrecher zu stellen. Es scheint enorme Schwierigkeiten zu machen, gegen das eine und trotzdem nicht für das andere zu sein.“ Für die Leute vom Sozialistischen Forum Freiburg ist das sicher Wischi-Waschi; klares Bekenntnis und Bündnistreue zur USA sind jetzt gefordert. „Die Interessen der USA und ihrer Verbündeten mögen daher so imperialistisch sein, wie sie auf jeden Fall sind — solange und insoweit diese Interessen die Verteidigung Israels gegen die Angriffe mit deutschem Giftgas bedeuten, stehen sie außerhalb jeder Kritik.“ (Soz. Forum Freiburg)

Ein Rechtfertigungsgrund für einen Krieg findet sich allemal. 1914 diente der Sozialdemokratie das Despotentum des Zaren als Eintrittskarte für den Krieg des Kaisers. „Spätestens mit den Raketenangriffen auf Israel bedeute die Einstellung der Kampfhandlungen durch die Verbündeten, Hussein die Möglichkeit zum Abschluß seiner Raketen auf Israel einzuräumen. Das liefe auf Beihilfe zum Völkermord hinaus.“ (Th.

Voss, in „links“ 2/91) Daß derweil der Völkermord am irakischen Volk mit aktiver Hilfe der BRD tatsächlich wütet, was interessiert das einen weißen rassistischen Vaterlandsverteidiger? Im letzten „AK“, der übrigens ausführlich gegen die neuen Bellizisten zu Felde zieht, titelt ein Ulrich K.: „Anteilperialismus als Feind des Internationalismus ... Noch einige Zeit wird die Bearbeitung der größten Dummheit des alten Anteilperialismus brauchen. Das Denken und Agieren im Widerspruch zwischen Imperialismus und Volk nach dem Motto: Der US-Imperialismus ist der Hauptfeind der Völker.“ Wie weit ist dann noch der Schritt zu Enzensbergers Infamie: Schuld an Hitler und seinen Wiedergängern hat die „Todessehnsucht der Massen“? „Wenn Saddam zugleich Hitler ist und die Massen so todessehnsüchtig sind wie er, wann wird da ein Atomschlag legitim? Die alles entscheidende Frage, hat kürzlich einmal die kleine „az“ geschrieben, die bisher von den deutschen Denkern unbeantwortet sei, lautet, ob man Auschwitz mit Hiroshima verhindern könne.“ (Hofmann, s.o.) War nicht der Schwur von Buchenwald: Nie wieder Krieg von deutschem Boden und nicht: Beihilfe zum Völkermord von eben diesem Boden? Soll jetzt nicht vielmehr, da Kriege von nun an als „Business as usual“ gehandelt werden, die Hemmschwelle auch zu einem Atomwaffenersteinsatz heruntergesetzt und das gerade mit der Vernichtung des jüdischen Volkes durch den deutschen Faschismus gerechtfertigt werden? Es gibt keinen Bezugsrahmen, keinen Fixpunkt mehr, die Umwertung aller Werte in der Perversion des Denkens mündet in Untergangswünschen westlicher Zivilisation.

Es ist sicher nicht zu leugnen, daß sich hier bei vielen früher fortschrittlichen Intellektuellen eine Wende vollzogen hat. Diese Wende gäbe es ja nicht, wenn Enzensberger, Gremliza, Biermann immer solche reaktionären Positionen bezogen hätten. Für uns Linker gäbe es dann auch nicht soviel Aufhebens. Sicher, bei Enzensberger hat sich diese Wende schon früher angebahnt. Aber er war 1961 gegen den Algerienkrieg und verteidigte später Cuba. „Der algerische Krieg wird in unserem Namen geführt, er wird geführt mit den Truppen der Nato ... Wir sind die Komplizen, ... wir sind die Henkersknechte, die Bombenwerfer.“ (aus Desert! Nr. 4)

Aus Mangel an Erkenntnissen sind die neuen Bellizisten sicher nicht übergetreten. Eher aus dem Gefühl: Bei der Linken ist nichts mehr zu holen, da ist der Ofen aus, also schlagen wir uns auf die Seite der Sieger. Dabei sein ist alles. „Ein Fürst braucht nur zu siegen und seine Herrschaft zu behaupten, so werden die Mittel dazu stets ehrenvoll gelten und von jedem gepriesen werden.“ (Machiavelli, „Il Principe“, 1513) Also schön lobhudeln nach Biermanns eigenem Song von 1971, der jetzt für ihn selber gilt. „Ich kann die Welt, ich weiß Bescheid. Voran kommst du in dieser Zeit nur rückwärts kriechend auf dem Bauch.“ („SoZ“ Nr. 4/91)

„Raketenangriffe sind Konsequenz der Politik Israels“ Wie die jüngste Geschichte anhand von Jugoslawien und der Sowjetunion demonstriert zeigt: Staaten kommen, Staaten vergehen. Vor Zusammenbruch und Auflösung in einen buntscheckigen Haufen ist niemand gefeit. Auch die DDR war es leider nicht. Die SU mit all ihrer Waffenherrlichkeit und ihrem atomaren

Abschreckungspotential konnte auf die Dauer den stärkeren Bataillonen der Nato nicht standhalten. Wer nur auf die militärische Stärke setzt, der setzt aufs falsche Pferd. Die USA hat zwar jetzt einen triumphalen militärischen Sieg erungen, aber ob sie ihn gleichermaßen in politische Münze und Einfluß in der Region umsetzen kann, bleibt mehr als fraglich. Dasselbe gilt für Israel, dessen Existenzrecht niemand ernsthaft in Frage stellt. Wenn, wie es den Anschein hat, Israel die Gunst der Stunde nutzt und noch mehr aufrüstet, sich gegenüber jeglichen Konzessionen stur und taub verhält, dann bedroht Israel die Region und nicht umgekehrt. Und das erzeugt Haß und böses Blut, und nur mit Repressionen und Vertreibungen kann auch Israel als Staat nicht in Frieden mit seinen Nachbarn leben. Israel hat bis jetzt allein auf die militärische Stärke gesetzt und wird auch allein in der Lage gewesen, den Saddam hinwegzupusten. Der Sechs-Tage-Krieg und der Yom-Kippur-Krieg beweisen das. Das ist eigentlich allgemein bekannt, auch den gewendeten Bellizisten. Und von wegen Bedrohung seitens des Irak: Hat nicht da die israelische Regierung ihr Volk als Geisel benutzt, um die eigene Kriegstreiberei zu bemänteln? Wieso hat denn Saddam überhaupt die palästinensische Karte spielen können? Nur ein winziges Signal eines Entgegenkommens gegenüber den drangsalierten Palästinenser hätte genügt, um den Schulterschluß mit Saddam zusammenzurütteln zu lassen. Aber das wollte Israel nicht, und das wollten die USA erst recht nicht. Ihr Ziel war und ist die Liquidierung des Saddamregimes, und aus Machtinteresse heraus, in der Hoffnung, zur bevorzugten Hegeemonialrolle im Nahosten aufzusteigen zu können, hat sich Israel an die USA drangehängt. Warum machen die gewendeten Bellizisten keinen Unterschied zwischen Staat und Volk? (Wallraf z. B. tat das früher immer sehr gut.) Ozal hat doch auch nur bei dem Krieg mitgemacht, weil er sich davon mehr Macht und Einfluß verspricht. Das türkische Volk war damit gar nicht so einverstanden. Warum gilt diese Unterscheidung bei Israel plötzlich nicht mehr? Und ist die Forderung an Israel, atomar abzurüsten, nicht mehr friedensschaffend, vertrauensbildend, kurzum im Interesse der Völker, und auch im Interesse des eigenen, des israelischen Volkes? Und seit wann, liebe KB-Minderheit, die sich so wacker im Kampf gegen ein neues Großdeutschland gestellt hat, sind Patriottrakteten reine Verteidigungswaffen, die Israel unbedingt braucht? Geht bei euch auch der Gaul durch?

Warum mußte Ströbele zu Kreuze kriechen, nachdem er es gewagt hatte, in diesem kriegerisch aufgeheizten Klima einige Wahrheiten über Israel zu sagen? „Ich muß Israel vorwerfen, daß es eine Politik getrieben hat, schon zur Zeit des Embargos, wo Israel klar gesagt hat, daß es auf eine kriegerische Lösung setzt.“

Wie wohltuend in diesem Kriegsgeheul ist da das Wort des Bischofs aus Limburg, der bezweifelt, das es gerechte Kriege gibt. „So schreckliche Mittel sind auch für gute Zwecke unverhältnismäßig.“ In der Tat, man kann sagen, der Anlaß für diesen Krieg steht in keinem Verhältnis zu seinen Folgen. Es ist schon traurig, daß ein anteilperialistischer Artikel mit dem Wort eines Bischofs enden muß.

— (wih, chh, Radikale Linke München, Bilder: af/mz)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung Rudiger Lotzer, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte Alfred Kuster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Antikel und Nachrichten der AG Stahl und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGM, der AG für Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGF, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AG Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1-D-M Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerniakstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Gutenbergr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Neuere Filme im Kino



Aus: „Zeit des Erwachens“

„NON“, Portugal 1990

Auf einem Militärlaster irgendwo in den Weiten des afrikanischen Busches diskutieren portugiesische Kolonialsoldaten über den Sinn und Unsinn ihrer militärischen Aktion. Die Meinungen der Soldaten schwanken zwischen patriotischer Pflichterfüllung, Männertum und Zivilisierung der Afrikaner auf der einen Seite und der Demaskierung dieser nationalistischen und kolonialistischen Phrasen auf der anderen Seite. Der Truppführer, ein Intellektueller, versucht nun im Laufe des Films, an Ereignissen der portugiesischen Geschichte die Zwecklosigkeit des historischen Ablaufs zu erklären. Angefangen bei dem Widerstandskampf der Lusitaner, der portugiesischen Vorfahren, gegen die römischen Besatzung, bis zu der „Dreikönigsschlacht“ von Alcazarquivir am 4. 8. 1578 in Marokko, die den Traum des verrückten Königs Sebastian von einem 5. Weltreiche begründen sollte, wird die portugiesische Geschichte als ein Ablauf von Schlachten, Eroberungen und Niederlagen beschrieben.

Im Wechsel zwischen der Erzählung und der filmischen Darstellung wird deutlich, daß die

portugiesische Geschichte eine rein koloniale Eroberungsgeschichte war, egal ob sich die Truppen in fernen Gewässern oder im Kampf gegen spanische Truppen um die Vorherrschaft auf der iberischen Halbinsel befanden. Aber der Film bleibt auf der Ebene der ideologischen Erklärung stehen. Der Regisseur Manoel de Oliveira versucht, alle Träume vom portugiesischen Weltreich als traumatische Fehlgeburten zu interpretieren, als das sinnlose Unterfangen irgendwelcher verrückten Herrscher. An keiner Stelle ist von wirklichen Interessen und Triebkräften der portugiesischen Expansion die Rede. An keiner Stelle erfährt man, wer ein Interesse an der kolonialen Expansion hatte. Was rüber kommt, ist letztlich nichts anderes, als daß es ein Streben der Herrschenden nach imperialer Macht gibt und deren klägliches Scheitern. Der einfache Soldat ist nur ein Element im Spiel der Herrschenden und letztlich immer der Dumme. Aber das ist ein zu schwächliches Fazit des Films, und das ist schade, weil die portugiesische Geschichte da mehr an Erkenntnis bringen könnte. — (hav)

„Der mit dem Wolf tanzt“

In dem für zwölf Oscars nominierten Film geht es um einen Leutnant der US-Armee, der — auf sich allein gestellt und auf einem sinnlosen Posten abkommandiert — bei einem benachbarten Sioux-Stamm Freunde und natürlich eine Frau findet, sich schließlich von seiner Funktion und seinem Platz in der weißen Gesellschaft entfremdet und stattdessen in die Gesellschaft der Indianer aufgenommen wird.

Der Film zeichnet sich vor allem durch gute und realistische Filmaufnahmen aus, und obwohl die Handlung an sich relativ einfach und vorhersehbar verläuft, kann er in dem Zuschauer Gefühle auslösen. Geschildert wird das Leben der Ureinwohner in der nordamerikanischen Prärie, der Zuschauer kann sich in das Leben der dort ansässigen Indianer hineinversetzen. Die Hineinversetzung des Zuschauers ist dann so groß, daß er das Töten von US-Kavallerie-Soldaten nicht mehr als Morden empfindet, sondern als gerechte Selbstverteidigung — trotz der nicht beschönigenden Szenen. Der Zuschauer nimmt Partei für die Ureinwohner. Dies ist gewiß ein Verdienst des Films, auch wenn die Zeiten, in der die Indianer lediglich als blutdürstige „Wilde“ gezeigt werden, bereits seit einiger Zeit vorbei sind. Der Film zeigt deutlich, von wem die Gewalt wirklich ausging. Es wird das Leben der nordamerikani-

schen Indianer gezeigt, bevor sie in dem hoffnungslosen Kampf gegen die US-Gesellschaft der Weißen unterlagen. Er zeichnet ein positives Bild der Indianer, allerdings überwiegend auf der GefühlsEbene aufgebaut. Über die Grundlagen für das Denken der Indianer, ihre Philosophie, den Aufbau ihrer Gesellschaftsordnung gab es schon bessere Filme, darüber täuscht der überschwängliche Presserummel hinweg.

Auch über die Grundlagen des in Nordamerika wirkenden US-Imperialismus zeigt der Film so gut wie nichts. Die Soldateska kam ja nicht von sich aus, und der US-Imperialismus hatte seine Grundlagen in den Widersprüchen in der US-Gesellschaft. Das Leben bei den nordamerikanischen Indianern kann durchaus lebenswerter als unseres heute gewesen sein, auch wenn sie auf einer anderen technologischen Stufe standen. Insofern kann der Film für unsere technisierte, aber zerrüttete Gesellschaft durchaus die Frage nach Utopien auslösen. Perspektiven aufzeigen kann er aber nicht. Die Filmhandlung bietet dem Helden und seiner Frau nur einen einsamen Rückzug zu zweit. Kann die heutige Gesellschaft versuchen, ihre Widersprüche zu überwinden, die Ursachen dafür beseitigen, und können die Menschen in Koexistenz mit den übrigen Natur lebend? — (chl)

Ein Film über Eliteschulen: „Der Club der toten Dichter“

Die Filmmierung des gleichnamigen Romans „Club der toten Dichter“ von N.H. Kleinbaum durch den australischen Regisseur Peter Weir wurde von der „Times“ als „bester Film des Jahres“ 1990 apostrophiert. In Freiburg lief der Film über 50 Wochen, im Videoverleih ist er kaum zu bekommen.

„Tradition, Ehre, Disziplin und Leistung“ sind die „vier Säulen des Schlüssels zum Erfolg“ an der Welton-Academy, einem Eliteinternat in den USA Ende der fünfziger Jahre. Mit John Keating, einem ehemaligen Absolventen und neuen Englisch- und Sportlehrer, ändert sich einiges. Bei ihm lernen die Schüler „das Mark des Lebens auszusaugen“ (carpe diem = Pflücke den Tag), was auch immer das sein mag, oder von der

Höhe ihrer Pulte herunter eine andere Sichtweise einzunehmen.

Die Lektüre der Schuljahresbücher ermutigt einige Schüler, den „Club der toten Dichter“, dem einst auch Keating angehörte, wiederzufleben zu lassen. „Damit ich nicht in der Todesstunde gewahr werde, daß ich nicht gelebt habe“, sind die Einleitungsverse für pubertäre Riten. Mit der Gruppensolidarität im Rücken versuchen zwei der Schüler, eigene Wege zu gehen. Knox Overstreet läßt sich durch nichts davon abbringen, dem Angeber Brad die Freundin auszuspannen. Neil Perry spielt gegen den ausdrücklichen Willen seines Vaters die Hauptrolle in Shakespeares „Sommernachtstraum“. Beide machen mit dem so gewonnenen Selbstvertrauen erste Erfahrungen. Knox

steckt eine Tracht Prügel ein. Neil soll, obwohl die Premiere für ihn ein voller Erfolg wird, auf eine Militärschule. Er erschießt sich mit dem Revolver seines Vaters. Ein Sündenbock für die tragische Entwicklung ist in Keating schnell gefunden. Vorgefertigte Erklärungen, angesichts der Phalanx von Schulleiter und Eltern von den Clubmitgliedern unterschrieben, reichen für Keatings Entlassung aus. In der Schlußszene ist der bisher sprachlose Todd Anderson der erste, der in Anwesenheit des Schulleiters die Wahrheit über die erpreßten Erklärungen der Schüler sagt.

Faszinierend an dem Film sind die schauspielerischen Leistungen, v.a. der Schülerdarsteller.

Warum wirkt der Film nur auf Jugendliche mit höherem Bil-

dungsabschluß? Vielleicht hören Schüler mit Hauptschulabschluß wenig Geschmack an einem Film finden, dessen Handlungsträger der oberen Mittelschicht angehören und dessen Grundaussage die Verbindung des weiblichen und männlichen Elitemenschen. Die positive Identifikationsfigur im Film, John Keating, der stolz darauf ist, „Welton überlebt zu haben“, läßt von Anfang an keinen Zweifel daran, wer der Chef ist. Keatings Credo ist der Individualismus bis zum Erbrechen und damit aber die effektivere Integration der aufmüpfigen Jugendlichen in das amerikanische Wertesystem, indem ihre Begeisterungsfähigkeit missbraucht und in Richtung antiaufklärerischer Gefühlsduselei gelenkt wird. — (c., gekürzt aus az, Freiburg)

„Zeit des Erwachens“

In den zwanziger Jahren fordert eine Enzephalitis-Epidemie in Teilen der USA zahlreiche Opfer. Viele sterben, und die, die überleben, fallen nach und nach in eine Erstarrung. Sie haben keine Kontrolle mehr über ihren Körper und scheinen nicht mehr auf ihre Umgebung zu reagieren. Ihr Leben ähnelt einem permanenten Trancezustand. Vierzig Jahre später — und hier beginnt der Film über diese wahre Begebenheit — bemüht sich der Arzt Sayer um Therapie. Er arbeitet an einer psychiatrischen Klinik, in der ohne besondere Beachtung einige dieser Patienten seit Jahrzehnten nur noch pflegerisch versorgt werden. Es gelingt ihm tatsächlich gegen den Widerstand von Kollegen und Klinikleitung, die seine Bemühungen um Erforschung der Krankheit eher belächeln, ein wirksames Medikament herauszufinden. In hoher Dosis verabreicht, bewirkt es ein „Erwachen“ der Patienten. Aber auch Rückschläge bleiben

nicht aus. — Der Film ist gut gemacht und mit überzeugenden Schauspielern besetzt. Darüber hinaus ist er aber vor allem deswegen empfehlenswert, weil er die Kranken als Persönlichkeiten zeigt, nicht als Statisten für einen spannenden Film.

Offenbar hat der amerikanische Film — nach „Rainman“ — ein neues Genre entdeckt. Am Ende des Filmes sind es nicht die paar Klischees oder die manchmal etwas dick aufgetragenen Gefühlsäußerungen, die einen bitteren Geschmack hinterlassen, sondern die gesellschaftliche Realität, die am Ende als Aussage stehen bleibt: Es braucht idealistischer Kämpfer wie diesen Arzt, um solche „Wunder“ zu vollbringen. Könnten unsere psychiatrischen Kliniken nicht längst nur erfolgreich der Therapie dienen, wenn Milliarden Dollars, DM etc. statt in Kriegsforschung in die medizinische gesteckt würden, als gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung. — (ccs)

„Ay, Carmela“: Künstler in Spanien 1938

Der Film „Ay, Carmela“ wurde letztes Jahr von dem spanischen Regisseur Carlos Saura nach dem gleichnamigen Theaterstück von José Sanchis Sinisterra gedreht. Der Film beginnt mit einer Fronttheateraufführung für Widerstandskämpfer gegen die spanischen Faschisten im Jahre 1938. Männer und Frauen freuen sich über den Flamenco der Tänzerin Carmela, die revolutionären Gedichte, die ihr Mann Paulino vorträgt, von dem stummen Jungen Gustave auf der Gitarre begleitet, und über einige Stückchen, in denen die Faschisten verhöhnt werden.

Nach erledigtem Auftrag machen sich die Künstler in der Nacht davon, um sich von der gefährlichen Front weg nach Valencia durchzuschlagen. Sie werden von einem Trupp Faschisten gefangen genommen und zusammen mit Bewohnern eines Dorfes, das die Faschisten eingenommen haben, und polnischen Gefangenen, Mitgliedern der Internationalen Brigaden, eingeschlossen. Den möglichen Tod vor Augen — sie sind Zeugen, wie fünf Leute aus dem Dorf herausgeholt und erschossen werden — nehmen sie trotz ihres Abscheus den Vorschlag eines italieni-

schen Propagandaoffiziers der Faschisten an, auch hier aufzutreten. Paulino wird genötigt, eine neue Nummer zu erfinden, mit der die Polen am nächsten Tag hingerichtet werden sollen.

Während des Auftritts spitzt sich der Konflikt schnell und scharf zu. Die Schauspieler wissen, daß die Polen am nächsten Tag hingerichtet werden sollen. Während Paulino verzweifelt versucht, seine Frau zu der Ansicht zu bringen, sie könnten sie wenigstens etwas ablenken, entscheidet sie sich zum Protest ge-

„Erfolg“: gegen Rechtsbeugung

Als Vorlage für das Drehbuch des Films hat der gleichnamige Roman „Erfolg“ von Lion Feuchtwanger gedient, der einen historischen Vorgang schildert. Der Film entstand in Koproduktion mit dem Bayerischen Rundfunk. Er bemüht sich nicht um detailgetreue Wiedergabe des Romans, was kaum möglich wäre, sondern stellt einen Aspekt des Romans dar. Auf der Strecke bleibt weitgehend die Schilderung der materiellen Lebensumstände der Handelnden.

In distanzierten Bildern wird die Geschichte des Museumdirektors Martin Krüger erzählt, der glaubt, im München der zwanziger Jahre den konservativen Katholizismus ungestraft provozieren zu können. Krüger erwirbt ein modernes Aktgemälde und läßt es in der Pinakothek aufhängen, er verläßt sich darauf, daß er einen unkündbaren Vertrag hat. Doch der Freigast

wird durch eine reaktionär-faschistische Intrige ins Gefängnis gebracht. Ein meineidiger Taxifahrer beschwört unter dem Druck des Konzessionsentzugs wegen Trunkenheit und Rauferei ein Liebesverhältnis, das nicht besteht. Das Gericht mißachtet die Aussage von Krügers tatsächlicher Freundin und verurteilt ihn zu drei Jahren Gefängnis. Im Gefängnis wird er von Direktor und Arzt schikaniert, sie versuchen, ihn in die Resignation zu treiben und jeden Willen des Gefangenen zu brechen. Seine Freundin heiratet ihn und bemüht sich, mit Hilfe eines bekannten Schriftstellers die Aufhebung des Urteils zu erreichen, kann jedoch nur seine Begnadigung durchsetzen, obwohl der Meineid des Taxifahrers inzwischen öffentlich bekannt ist. Doch Krüger stirbt noch im Gefängnis, nachdem der Gefängnisarzt seine Herzerkrankung im

wesentlichen ohne Behandlung gelassen hat.

Was zu Beginn des Films versucht erscheint, mit Hilfe Falschaussagen einen Menschen zu brechen, entpuppt sich und mehr als Verstrickung schiedener Mitglieder der konservativen Staatsregierung in Vorbereitungen der NSDAP. Putsch von 1926 die Regierung zu übernehmen, und die Befreiungen, alle Leute, die sich entgegensemmt, kaltzusehen oder aus dem Dienst zu entlassen. Zwar scheitert die Putsch, doch die spätere Machtergreifung der Nazis wird verhindert. Deutlich arbeitet Film heraus, daß mit Rechtsbeugung und der Verletzung bürgerlich-rechtlicher Normen Weg für die faschistischen Machtergreifung geebnet wird — und zwar im engen Bündnis mit konservativ-christlichen Politikern. — (uld)

Die letzte Fahrt des Trabant

Familie Struutz ist in ihrer Straße die einzige, die noch ein original Ostauto fährt. Die Nachbarn, stolze Besitzer von Westautos, belächeln die Struutz'. Die Fahrt beginnt in Bitterfeld, vorbei an Industrieanlagen und Chemiewerken. Die erste Station ist Regensburg, wo die Schwester der Mutter mit Familie wohnt. Hier kommt es zur vielleicht besten Szene des ganzen Films, einer Paradeszene westdeutscher Eitelkeit: während draußen vorm Haus schon die allseits bekannten Trabi-Geräusche vernommen werden, sitzt die andere Familie bei Sahnertorte und Kaffee zusammen. Der Vater (O. Fischer) dreht sich zur Haustür um und sagt zur Frau: „Ich hab's gewußt! Die Sachsen kommen! Abräumen!“ Und flugs verschwindet die Sahnertorte im Schrank. In München wird Familie Struutz nach einem Motorschaden zum ersten Mal mit den ökonomischen Gesetzen des Westens vertraut: ein freundlicher Monteure (D. Hildebrandt) hilft zwar, aber die geldgierige Chef der Werkstatt (B. Valentin) serviert sofort die zu hohe Rechnung. Was macht's, Familie Struutz rettet sich mit einer Trabi-Show listig aus der Patsche. Ein Lkw-Fahrer (D. Krebs) hilft ihnen über den Brenner und erzählt 118 Trabi-Witze. Überhaupt wird der Trabi während der ganzen Fahrt kräftig in Mitleidenschaft gezogen, aber am Ende blickt man glücklich auf den Golf von Neapel.

In diesem Film werden zu

nächst zwei Klischees gegenübergestellt: die weltfremden liebenswerten Ossis und die listig verschlagenen Wessis.

Diese Gegenüberstellung läßt wenig Berührungspunkte zu: es scheint, daß nur der Trabi eine Verständigung erlaubt. Das hat seinen Grund: Der Trabi steht als

Symbol für die kleinen Leute, die es auch im Westen gibt. Fahrt viele nicht auch hier meilenweit auf der Autobahn, um dorthin zu kommen, wo es keine mehr gibt? — (joe)

gen die faschistische Willkür. Ihre Schreie von der Bühne verbinden sich mit dem Tumult, der die polnischen Soldaten auf der Empore beginnen. Die Polen werden weggeschleppt. Ein faschistischer Offizier erscheint Carmela.

Saura schildert Carmelas Entwicklung mit Sympathie. Aber stellt es nicht als unumgänglich in dieser Lage dar, sich zwischen den Faschisten und dem Widerstand zu entscheiden, sondern als individuellen Akt. Am Schluß zeigt er Paulino und Gustave, die weiterziehen, als davor gekommen sind. — (ml)